

# Quo Vadis, Blockupy?

Rückblick auf den europäischen Aufbruch 2015  
Ausblick auf 2016





# Inhalt

<b>Den nächsten Schritt gemeinsam gehen gegen Austerität und autoritäre Krisenlösungen.</b> Blockupy Bündnis	5
<b>Die soziale Frage ist offen. Lassen wir sie nicht rechts liegen!</b> Interventionistische Linke	6
<b>DIE LINKE @ BLOCKUPY</b> Blockupy-Aktivist*innen in der Partei DIE LINKE <sup>1</sup>	9
<b>Überlegungen zu den Möglichkeiten von Blockupy</b> Attac	12
<b>Junckers Europa: Troika für Alle!</b> Attac Projektgruppe Eurokrise	13
<b>Vergesst Griechenland!</b> TOP B3rlin (organisiert im ...ums Ganze!-Bündnis)	16
<b>Input des Diktyo Athen zum Blockupy Ratschlag</b> Diktyo — Netzwerk für politische und soziale Rechte (Griechenland)	19
<b>Input on the transnational long-term perspectives of Blockupy</b> Commune of Europe (Italy/Germany)	21
<b>Blockupy this Europe</b> Precarious DisConnections (Italy)	24
<b>Europe in Common</b> Emilia-Romagna Social Centers (Italy)	26
<b>Vom Fiasko zum Alptraum</b> Christos Laskos	29
<b>Ein Brief eines Aktivisten an Yanis Varouakis</b>	31
<b>Eine Antwort von Yanis Varouakis an einen Aktivisten</b>	32
<b>Programm</b>	35



# Den nächsten Schritt gemeinsam gehen gegen Austerität und autoritäre Krisenlösungen.

## Blockupy Bündnis

Blockupy ist seit 2012 der zentrale Akteur der Krisenproteste in Deutschland. Als europäischer Referenzpunkt für Widerstand gegen Austerität und für Demokratie hat Blockupy darüber hinaus Bedeutung erlangt. Der europäische Coup gegen Griechenland im Sommer 2015 hat jedoch gezeigt, dass unsere gesellschaftliche Wirkung – wie auch die anderer politischer Akteure – nicht ausreicht, um effektiv in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse einzugreifen und eine politische Richtungsänderung zu erwirken. Klar ist: Ein einfaches „Weiter so“ kann es auch für uns als Blockupy nicht geben.

Gleichzeitig wissen wir: Die Zeiten von Austerität und autoritär, anti-demokratischer „Regierung“ sind nicht vorbei – ob für Portugal oder Griechenland, in Deutschland oder auf EU-Ebene in Brüssel. Auch Kämpfe gegen diese Zumutungen gehen weiter. Sie mögen weniger Aufmerksamkeit bekommen und auch gerade nicht das Momentum haben – aber es gibt sie und nach wie vor versuchen viele, diese Auseinandersetzungen zu verbinden, suchen nach gemeinsamen Konfliktlinien und Kristallisationspunkten, die wie bei Blockupy verschiedene Auseinandersetzungen bündeln helfen.

Gleichzeitig erleben wir in den vergangenen Monaten eine rasante Intensivierung der Kämpfe von Migrant\*innen und Geflüchteten für ihr Recht auf Bewegungsfreiheit. Quer durch Europa entwickeln sich neue Aktivitäten grenzenloser und praktischer Solidarität. Sie zeigen uns, dass die Kämpfe für ein Europa von unten weitergehen.

„Gleiche soziale Rechte für Alle“ ist auch in Deutschland seit vielen Jahren eine Forderung, die mit dem systematischen Kaputtsparen sozialer Infrastruktur konfrontiert ist. Die sog. „Schuldenbremse“ (verfassungsmäßig verankertes Verbot der Neuverschuldung) und das Diktat der schwarzen Null („ausgeglichener Haushalt“) sollten die hiesige Austeritätspolitik für alle Zukunft festschreiben. Doch die vielen lokalen und grenzüberschreitenden Initiativen enthalten das Potenzial für einen Bruch sowohl mit dem Grenzregime als auch mit dem Spardiktat. Sie sind zugleich hoffnungsvolle Zeichen für eine neue Dynamik und einen möglichen Aufbruch in eine andere, offenere Gesellschaft.

Wir möchten uns daher mit allen bisher an Blockupy Beteiligten und mit allen künftigen Bündnispartnern im Kampf gegen die Austeritätspolitik und für ein anderes Europa der Demokratie, der Solidarität und der sozialen Rechte über zukünftige Strategien und Eingriffsmöglichkeiten beraten.

Wir möchten mit euch einzuschätzen, wie sich unsere politischen „Gegner“ und wie sich das „oppositionelle Lager“ aufstellt. Wir möchten gemeinsam beraten, wo sich Verbindungen knüpfen lassen zwischen Demokratie und sozialer Frage, zwischen lokalen und europaweiten Kämpfen von unten gegen alte und neue Austeritäts- und Grenzregime. Was können wir als Blockupy sein und tun? Welche Aufgaben stellen sich für uns vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen? Wo gibt es für uns Möglichkeiten der Erweiterung unseres Bündnisses, wo Möglichkeiten von Zuspitzung und gemeinsamer Aktivität?

Dabei wollen wir an zwei Tagen miteinander diskutieren, Perspektiven zusammentragen, auffächern, bündeln und Handlungsperspektiven entwickeln. Der erste Tag soll den Einschätzungen und Perspektiven dienen. Wir wollen abstrakte Debatten vermeiden und eher klären, wo wir ausgehend von unseren Blockupy-Erfahrungen politisches Momentum beziehungsweise Potential sehen; wo entlang welcher Verdichtungspunkte sich dies zu einem gemeinsamen Bezugs- und Handlungsrahmen in Blockupy (und darüber hinaus) verbinden ließe. Diese Debatte wollen wir im Plenum und später in fokussierten Panels vertiefen. Der Samstag soll uns in die Lage versetzen, am zweiten Tag strategische Ausrichtungen und künftige Handlungsperspektiven zu beraten und zu gemeinsamen nächsten Schritten zu kommen. Dabei wollen wir uns nicht unter den Zwang setzen, das nächste Blockupy-Event mit Charakter, Ort, Datum oder Choreographie zu definieren, aber wir wollen eine Richtung bestimmen und gemeinsam festlegen, welche Schritte dafür wie zu machen sind. Eine öffentliche Veranstaltung unter dem Titel „Willkommen im Herzen des Krisenregimes – Wie der Sommer der Migration die soziale Frage neu stellt“ wird den Ratschlag auch über den Kreis der Aktivist\*innen hinaus öffnen.



# Die soziale Frage ist offen. Lassen wir sie nicht rechts liegen!

## Interventionistische Linke

### Die Reterritorialisierung des Kampfes für ein anderes Europa

Die Bewegung der Flüchtenden hat in den vergangenen Monaten Europa erneut auf den Kopf gestellt. Sie hat das Dublin-System zeitweise außer Kraft gesetzt und Bewegungsfreiheit praktisch über Nacht zu einem hunderttausendfach angeeigneten Recht gemacht. Sie hat buchstäblich Grenzen überwunden und damit zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres gezeigt: Es ist möglich, Kräfteverhältnisse in Europa in Frage zu stellen. Bewegungen treten in Europa in diesen Zeiten in einer Frequenz auf, die das herrschende Krisenmanagement weiter herausfordert. Sie schaffen neue Möglichkeiten des politischen Eingreifens gegen das autoritäre Korsett deutsch-europäischer Austeritäts- und Migrationspolitik. Und sie führen uns vor Augen, dass auch hoch verdichtete Macht- und Gewaltstrukturen wie das europäische Grenzregime innerhalb kürzester Zeit ins Wanken gebracht werden können.

### Die Niederlage

Das beschreibt die eine Seite des Kampfes um Veränderung. Die andere Seite ist, dass die europäische Linke, dass wir, im Sommer 2015 eine Niederlage erlitten haben. Die wesentlich durch die deutsche Regierung durchgesetzte Erpressung Griechenlands hatte das Ziel zu demonstrieren, dass es keine Alternative zum autoritären Krisenregime und seiner Austeritätspolitik geben kann und darf. Der Aufbruch der Straße, der Selbstorganisation, der Bewegung zur Veränderung, die den Frühling 2015 bestimmt und die europäischen Mächte herausgefordert hatte, wurde besiegt. Aber auf den Sieg der Eliten folgte der nächste Angriff von unten. Denn die Bewegung der Flüchtenden ist ein weiterer entschlossener Aufbruch, eine soziale Bewegung im Wortsinn. Aber auch hier wissen und sehen wir natürlich: Die politischen Eliten arbeiten mit Hochdruck an einer Restauration des Grenzregimes, an weiteren Asylrechtsverschärfungen, an einer Vereinnahmung der Willkommensinitiativen.

Kurz: An der Verteidigung der herrschenden Ordnung.

### Der neue Aufbruch

Oft haben wir in den letzten Jahren nach Griechenland oder Spanien geschaut und waren sehr beeindruckt. Dort sind unter den Bedingungen der von der Austeritätspolitik verursachten Not selbstorganisierte Solidaritätsnetzwerke entstanden, die sich zu politischen Akteuren direkt-demokratischer Vergesellschaftung weiterentwickelt haben: Gesundheitsversorgung, Ernährung, Bildung oder Unterkunft werden jenseits des bürgerlichen Staates gesellschaftlich organisiert. Überall, wo er nicht mehr wollte oder konnte, ist diese Form der Vergesellschaftung als Alternative erkämpft worden.

Seit dem Sommer zeigen hunderttausende Menschen in antifaschistischen und antirassistischen Willkommensinitiativen praktische Solidarität mit den Refugees, unterstützen sie beim Überwinden von Grenzen, versorgen sie mit dem Nötigsten und gleichen so das gewollte staatliche Versagen aus. Diese Initiativen sind eine neue, starke und beeindruckende soziale Bewegung, komplementär zur derjenigen der Flüchtenden selbst. Auch viele Blockupy-Aktivist\_innen sind jeweils Teil solcher Solidaritätsstrukturen vor Ort, von Lesbos bis Malmö. Wir teilen nun ähnliche Erfahrungen, sind Teil eines gemeinsamen Kampfes, ganz praktisch. Hierin scheint auf, was die europäische Kommune sein kann, von der wir in letzter Zeit häufiger gesprochen haben.

### Die soziale Frage stellt sich neu

Diese gemeinsamen, europäisch-kommunitären Erfahrungen sind für die Zukunft der Emanzipation sehr wichtig. Aber sie reichen nicht aus, weil die Ankunft der vielen neuen Nachbar\_innen in der BRD auch neue Bedingungen an die kommenden Kämpfe um Veränderung stellt. Sie reformulieren eine alte Frage neu, stellen sie unter neuen Ausgangsbedingungen: Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, nach gleichen (Bürger-)Rechten, nach Entfaltungs-

und Bewegungsfreiheit für Alle, nach dem Wie des Zusammenlebens, nach gerechter Verteilung, der Verfügungsgewalt über Eigentum und nach politischer Partizipation.

Die soziale Frage stellt sich neu und die Recht hat das schon erkannt. Sei es in Form der PEGIDA-Wutbürger\_innen, die in der erwarteten sozialen Konkurrenz mit den Geflüchteten ihre vermeintlichen Privilegien auf Wohnraum und Jobs reklamieren. Oder sei es in Form marktradikaler Ideologen, die in der Zuwanderung eine Chance sehen, erneut gegen Mindestlohn und andere Sozialstandards zu Felde zu ziehen. Womit die politische Elite droht und die Rechte rassistisch mobilisiert, ist im Grunde nichts anderes als die verschärfte soziale Konkurrenz zwischen den Unterprivilegierten: Zwischen den Neuankommenden und den Alteingesessenen: Auf dem Arbeitsmarkt, um Sozialleistungen, angemessenem Wohnraum usw. In dem Maße, wie die Geflüchteten die Lager und Heime verlassen, sich um Jobs und angemessenem Wohnraum bemühen werden, werden die Verteilungskämpfe zunehmen. Ähnliches gilt für den Bedarf an Plätzen in Schulen und Kindergärten, für soziale Beratung und Betreuung.

## Die Offensive der Rechten und die Polarisierung der Gesellschaft

Während wir also vor dieser Herausforderung stehen, grassiert die diffuse Angst vor dem Fremden und Neuen und entlädt sich sowohl in gewalttätigen Übergriffen gegen Geflüchtete und Unterstützer\_innen als auch in der wachsenden Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien. Und während die Reaktion von rechts Mobilisierungserfolge verbuchen kann, bleiben wir stumm. Bislang ist der öffentliche Diskurs wesentlich vom Wechselspiel zwischen dem rechten Mob der PEGIDAS und AfD einerseits sowie den Hardlinern der politischen und wirtschaftlichen Elite andererseits bestimmt. Denn die Breite und Kraft der beiden komplementären Bewegungen – der Migrationsbewegung und der Solidaritätsbewegung – haben bisher keine gemeinsame Form der politischen Artikulation herausgebildet. Ihr Schweigen macht es für die Hüter\_innen der herrschenden Ordnung einfach, die Bewegungen zu vereinnahmen und sie umgedeutet als deutsches Kulturgut (die „deutsche Willkommenskultur“) zu präsentieren. Aber dennoch sind es die Bewegungen, die die Agenda

gesetzt haben, auf die die Rechte und die politische Elite hektisch reagieren, um ihre Ordnung zu verteidigen. Die Gesellschaft polarisiert sich zunehmend. Während sich einerseits eine riesige Zahl von Menschen engagiert, um den Refugees eine Ankunft zu ermöglichen und sie zunächst mit dem Nötigsten auszustatten, haben die anderen Angst. Die Einen zeigen Empathie und wählen die humanitäre Option, die Anderen reagieren mit Ablehnung. Sie haben Angst um Weihnachten, das angeblich abgeschafft werden soll, oder um ihre kleine Rente. Was wir darin festhalten können ist zweierlei: Trotz des politischen Schweigens der Bewegungen ist die humanitäre Option sehr stark. Und: Die neue Situation zwingt die Menschen zu einer Entscheidung.

## Für Alle

Abstrakt liegt die linke Antwort auf dieses Herausforderung auf der Hand: Solidarität statt Spaltung! Alle diejenigen, die sich auf die Seite der humanitären Option stellen oder bereits gestellthaben, sind diejenigen, die auch potenziell die Spaltung negieren. Sie sind unsere Verbündeten in den kommenden Verteilungskämpfen. Der Einsatz besteht darin, die Verteilungskämpfe zu solidarischen Umverteilungskämpfen zu machen. Die öffentliche soziale Infrastruktur wurde in den letzten 20 Jahren unter dem Paradigma des Neoliberalismus kaputtgespart. Das ist keine neue Erkenntnis und auch der Kampf dagegen ist kein neuer. Aber die Bewegung der Flüchtenden und diejenige der Unterstützer\_innen haben die Karten neu gemischt. Teile der Gesellschaft sind schon in Bewegung. Sie haben sich entschieden: Für die Humanität. Von dort aus ist es nur ein kleiner und in sich logischer Schritt zu den Forderungen gegen Sparzwang und Schuldenbremse: Wohnraum für Alle, Gesundheitsversorgung für Alle, gleiche Rechte für Alle, Bewegungsfreiheit für Alle, Partizipation für Alle.

Deshalb werden wir da Teil werden, wo lokale, aktionsfähige „Für Alle“-Bündnissen bereits existieren und bilden mit denen, die mit uns ziehen, dort welche, wo es sie noch nicht gibt. Diese sozialen Allianzen sind die Antwort auf PEGIDA und die AfD und zugleich auf die Schuldenbremse, die „schwarze Null“, die Austeritätspolitik.

Es liegt also an uns Allen: Zum Beispiel in gemeinsamen Aktionen, in Besetzungen, in Demonstrationen, beim Markieren, beim Blockieren oder beim Streik lassen wir soziale Proteste bundes-



weit, europaweit und dezentral auferstehen. Unsere Gegenwehr muss dabei zwangsläufig an den migrationspolitischen Fragen ansetzen: Bei dem Protest gegen Gesetzesverschärfungen, dem öffentlichen Widerspruch gegen rassistische Stimmungsmache oder bei lokal organisierten Aktionen gegen Missstände in den Lagern und Heimen. Aber im gleichen Maße, wie Antirassismus eine Grundlage und selbstverständlicher Bestandteil jeder linken und demokratischen politischen Intervention sein muss, wäre es ein Fehler, wenn wir uns jetzt auf einen hauptsächlich antirassistischen und antifaschistischen Abwehrkampf beschränken würden.

### Die europäische Perspektive

Aufbauend auf und parallel zu den lokalen Bündnissen und Aktionen braucht es auch wieder einen überregionalen, transnationalen Ort der Zusammenkunft und des Austausches, um der Gefahr der tendenziellen Unsichtbarkeit und des Versinkens in allein lokal bedeutsamen Fragen zu begegnen. So stellen wir uns vor, mit allen lokalen Facetten aktiv zu werden: Europaweit und International in ungehorsamen Aktionen, in praktischer Solidarität, in sozialer Aneignung. Erkämpfen wir uns die offensichtli-

che mediale und gesellschaftliche Deutungshoheit - schmeißen wir den rechten Sumpf aus Talkshowrunden und überlassen ihnen nicht die Antwort auf neue und alten Krisen mit Nationalismus und Rassismus! Es liegt an uns Allen, an den Gelegenheiten, die wir bestimmen und an unserer Kreativität, den Mob von Rechts und die Brutalität der europäischen Eliten nicht noch weiter zuschlagen zu lassen.

Blockupy war und ist für uns so wichtig, weil wir uns im Zuge der großen europäischen Mobilisierungen eine transnationale Perspektive auf eine neue Weise wieder angeeignet haben. In diesem Sinne werden wir mit Allen den Ort und den Tag X gemeinsam ausrufen und dann werden wir die Welle der internationalen Solidarität aufschlagen lassen, dann werden wir wissen, dass es wieder an der Zeit ist massenhaft zusammenzukommen. Es gibt dafür genügend Anlässe und Möglichkeiten. 2017 ist Bundestagswahl. In einem deutsch dominierten Europa ist das eine europäische Angelegenheit. 2017 jährt sich aber auch die Oktoberrevolution zum 100. Mal – und spätestens dann kann es heißen, dass sich die Kommunen Europas auf Berlins Straßen treffen.



# DIE LINKE @ BLOCKUPY

## Blockupy-Aktivist\*innen in der Partei DIE LINKE <sup>1</sup>

### Bertolt Brecht: Die Nachtlager

*Ich höre, daß in New York  
An der Ecke der 26. Straße und des Broadway  
Während der Wintermonate jeden Abend ein Mann steht  
Und den Obdachlosen, die sich ansammeln  
Durch Bitten an Vorübergehende ein Nachtlager ver-  
schafft.*

*Die Welt wird dadurch nicht anders  
Das Zeitalter der Ausbeutung wird dadurch nicht verkürzt  
Aber einige Männer haben ein Nachtlager  
Der Wind wird von ihnen eine Nacht lang abgehalten  
Der ihnen zugedachte Schnee fällt auf die Straße.*

Im Kontext der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und eines dadurch mit angestoßenen Bewegungszyklus, vom Tahrir-Platz über die 15M-Bewegung in Spanien bis zu Occupy Wall Street, startete Blockupy 2012 als Versuch, an diese Dynamik anzuschließen und größere Krisenproteste auch in Deutschland auf die Plätze zu bringen. Die damaligen „Maifestspiele“ in Frankfurt unter dem Motto „Besetzen, Blockieren, Demonstrieren“ waren der Auftakt für eine kontinuierliche und besondere Bündnisarbeit, die drei Jahre später in den Protesten gegen die EZB-Neueröffnung einen vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Motor für die Blockupy-Aktivitäten in diesen drei Jahren waren die Zuspitzungen der gesellschaftlichen Verhältnisse in allen Ländern – nicht nur Europas – als Auswirkungen des neoliberalen Kapitalismus und seiner Vielfachkrisen in Form von Entdemokratisierung, Prekarisierung, Umverteilung von unten nach oben, Flucht und Migration. Blockupy lebte davon Verteilungskonflikte unterschiedlicher Ausprägung sichtbar zu machen. Es gelang dabei den strukturellen Herrschafts-

<sup>1</sup> Dieser Text wurde von Blockupy Aktivist\*innen geschrieben, die an unterschiedlichen Orten in der Partei DIE LINKE, in der linksjugend[`solid] und LINKE.SDS aktiv sind und die Blockupy immer doppelt verbunden waren. Sie haben immer das Besondere in Blockupy gesehen und den Prozess als LINKE mitgestaltet, und sie haben sich es gleichzeitig zur Aufgabe gemacht, Blockupy – die Idee und die Konfrontation mit „der Krise“, die Bündniserfahrung und die auf Dreiklang setzende Aktionsform in die Partei sowie den Jugend- und Studierendenverband zu tragen.

*Leg das Buch nicht nieder, der du das liest, Mensch.  
Einige Menschen haben ein Nachtlager  
Der Wind wird von ihnen eine Nacht lang abgehalten  
Der ihnen zugedachte Schnee fällt auf die Straße  
Aber die Welt wird dadurch nicht anders  
Die Beziehungen zwischen den Menschen bessern sich  
dadurch nicht  
Das Zeitalter der Ausbeutung wird dadurch nicht verkürzt.*

charakter der „Krise“ deutlich zu machen ohne zu abstrakt zu bleiben. Blockupy gelang es, den systemischen Charakter der Krise in und aus der Perspektive der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, der europäischen Regionen und der verschiedenen Akteure konkret zu machen. Dabei war es eine entscheidende Stärke von Blockupy, die „soziale Frage“ wie auch die „Europafrage“ immer auch als grundsätzliche Frage von Demokratie und gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten aufzuwerfen. Die anti-demokratischen Züge des Krisenmanagements wurden beleuchtet und die Sicherung demokratischer Grundrechte wurde mitunter ganz praktisch auf den Straßen Frankfurts eingefordert. Oder wie wir es nach 2012 so schön und offensichtlich für viele griffig formuliert haben: „Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie – wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus“.

BLOCKUPY steht dafür, Massenprotest und ungehorsame Aktionen, an denen alle teilnehmen können, ins Herz des europäischen Krisenregimes zu tragen. Denn gerade im Kontext von „großer Koalition“ und hegemonialen (Diskurs-) Verhältnissen erforderte der „Krisendiskurs“ in Deutschland und Europa Aktionen von „Regelbruch“, Dissidenz und zumindest symbolisch vermittelter Gegnerschaft. Die EZB – mitten im Frankfurter Finanzdistrikt und Teil der Troika - wurde dabei zum Symbol unserer Intervention und der europäischen Verhältnisse insgesamt.

Viele Mitglieder der LINKEN und der linksjugend[`solid] waren nicht nur an Aktivitäten, sondern – insbesondere aus der LINKEN Hessen – auch

wesentlich an den Planungen und Vorbereitungen beteiligt. Sie waren und sind Teil des Bündnisses und Prozesses. Dies wurde durch entsprechende Beschlüsse von Parteitag und Vorständen immer auch unterstützt – auch wegen der antikapitalistischen und auf Beteiligung setzenden aktionsorientierten Zielsetzung. Gerade diese doppelte Zielsetzung, die das (inhaltlich-politische) Eingreifen in den bundesdeutschen und europäischen Diskurs verbunden hat mit einer auf Bündnisprozess und Beteiligung setzenden radikalen Aktionsform, hat es den an Blockupy Beteiligten LINKE(n) möglich gemacht, das Projekt in „die Partei“ und den Jugend- und Studierendenverband zu tragen und zu einem Projekt der Partei DIE LINKE zu machen. Blockupy ist deswegen auch ein Projekt geworden, in dem sowohl verschiedene politische Formen viel enger miteinander arbeiten und sich „entwickeln“ und gleichzeitig gemeinsam auch mit Aktionsformen experimentiert werden konnten. Diese Erfahrungen sind für DIE LINKE, die linksjugend[`solid] und DIE LINKE.SDS – so behaupten wir – nicht zu unterschätzen.

BLOCKUPY hat sich in diesen Jahren zu einem der Spektren übergreifenden transnationalen und europaweiten Räume entwickelt, in dem wir eine gemeinsame Praxis gegen die Krisenpolitik und ein solidarisches Miteinander für ein Europa von unten entwickeln und reflektieren können. Auf internationalen Treffen, sei es in Paris, Brüssel, Athen oder Ljubljana erleben wir, dass Blockupy über den konkreten internationalen Bündnisprozess hinaus bekannt ist, als Ansprechpartner\*in adressiert und beachtet wird. Blockupy wurde damit gewissermaßen zu einem eigenen Akteur, der mehr als ein Bündnis ist. Allerdings ist die Existenz dieses Raums weiterhin an einen praktischen Prozess und ein Projekt gebunden.

Die „europäische Lage“ erfordert es einerseits weiterhin Kämpfe in Europa aufzugreifen und die „Europafrage“ als Herrschaftsfrage gerade auch in Deutschland konflikthaft zu thematisieren. Die jüngsten EU-Maßnahmen zur Verschärfung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer, das Fünf-Präsidenten-Papier und aller Umgang mit „nicht passenden Regierungen“ und rebellischen Bevölkerungen und vieles mehr zeigen das in aller Deutlichkeit. Vor diesem Hintergrund bleibt es erforderlich, dass Blockupy weiterhin die „soziale Herrschaftsfrage“ im Fokus behält und gemeins-

ame Projekte der Intervention und des Aufbaus eines anderen Europas der Solidarität und des Konflikts entwickelt. Eine Herausforderung ist, dass sich seit dem Sommer die öffentliche Wahrnehmung und die öffentlich-politische Zuspitzung der „Eurokrise“ hin zur „Flüchtlingskrise“ verschoben haben. Dabei gilt für Blockupy weiterhin, solidarisch auf der Seite der Streikenden und der Initiativen zu stehen, die gegen die weitere Absenkung von Renten-, Gesundheits-, Sozialstandards in Südeuropa kämpfen, sowie nach Verbindungslinien und Kristallisationspunkten zu suchen, in denen sich viele der „Einzelfragen“ und Zumutungen artikulieren lassen. Auch hier in Deutschland verschärft sich absehbar die soziale Frage – ob auf der Ebene des Lokalen und Infrastrukturellen anhand der Schuldenbremsen oder in Form von anderen sozial-rechtlichen Zumutungen. Schon jetzt fehlen mindestens 4 Millionen Sozialwohnungen, es mangelt an sozialer Infrastruktur, an Kita-Plätzen und ausreichend Personal für Gesundheit und Pflege. Mit Schäubles Ideologie der „Schwarzen Null“ sind die gesellschaftlichen Herausforderungen nicht zu bewältigen. Der Kapitalismus ist die Krise, jeden Tag, überall auf der Welt, gleichzeitig wird Austerität immer mehr zur Normalität. Notwendig sind also Bewegungen, die in fiskal- und sozialpolitischen Offensiven münden.

Die Folgen der grenzüberschreitenden Verarmungspolitik, der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen sowie die Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse werden zunehmend hier spür- und erfahrbar werden bzw. sich verallgemeinern. Dass sich viele Menschen auf den Weg nach Nordeuropa machen (müssen), erstaunt deswegen wenig. Die Frage stellt sich eher, inwiefern alle die gleichen sozialen Rechte in Anspruch nehmen können bzw. neue Rechte und Infrastrukturen für alle entstehen und erkämpft werden oder sich als Verteilungskämpfe zwischen den (nicht nur) jungen einheimischen Abgehängten und den vor Gewalt Zufluchtsuchenden artikulieren.

Bisher werden weder die Verantwortlichen noch die Profiteure dieser „Krisen“ zur Bewältigung in die Pflicht genommen. Stattdessen entsteht ein Verteilungskampf zwischen den finanziell Schwächsten der Gesellschaft. Die ohnehin zunehmende, durch staatliche Maßnahmen und gesellschaftliche Entwicklungen beförderte Entsolidarisierung kann in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation rassistische Ressentiments und Interpreta-

tionen der an sich sozialpolitischen Problematik stärken. Umfragen der jüngsten Zeit zeigen, dass der Aufwind des Rechtspopulismus zwar seine Stärkung durch die sogenannte Flüchtlingskrise erhält. Entscheidend aber sind die wahrgenommenen gesellschaftlichen Zustände wachsender sozialer Ungleichheit und geringer gesellschaftlicher Gestaltungsmöglichkeiten, die den Nährboden des Rechtspopulismus bilden. Dem Anwachsen der AfD auf mittlerweile zweistellige Prozentzahlen muss neben konsequenten antifaschistischen Aktionen auch mit einer fiskal- und sozialpolitischen sowie demokratischen Offensive begegnet werden.

Auch viele Hilfsorganisationen und Initiativen rund um die sogenannte Willkommenskultur warnen zu Recht vor den Folgen, die mit dem Aushöhlen einer solidarisch verfassten Gesellschaftlichkeit und der nun sichtbar werdenden Privatisierung der Institutionen der öffentlichen Daseinsfürsorge einhergehen. Dabei sind das Prinzip gesellschaftlicher Verantwortung durch eine neoliberal gewendete Idee von Eigenverantwortung ersetzt und Gesellschaftlichkeit den Interessen von Ökonomie und Macht unterworfen worden. Doch ohne soziale Absicherung, ohne Gesellschaftlichkeit kann die Idee von Eigenverantwortung nur in einem auf Eigennutz bedachten Egoismus enden – oder eben in dessen Kehrseite, dem aufgezwungenen sozialen Ausschluss. Klar ist, wer von der „Flüchtlingskrise“ spricht, unterschlägt die Krise der sozialen Gerechtigkeit als verallgemeinerte Bedingung.

Es gibt derzeit die Chance, dass ein Modell von gesellschaftlicher Verantwortung, staatlichen Aufgaben und solidarischer Gesellschaft wieder stark gemacht werden kann, eine Stimme bekommt, von vielen verstanden wird. Notwendig sind die Bewegungen, die am Prinzip von Solidarität und Sozialstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie für Alle arbeiten und dafür streiten, dass die Bedingungen dafür da sind, dass sich ein solches Moment durchsetzt. Blockupy muss sicherstellen, dass all diese Kämpfe im Bündnis anschlussfähig bleiben. Erst so wird es möglich, ein Angebot zum gemeinsamen Kampf zu unterbreiten.

Wir schlagen vor, einen symbolisch aufgeladenen europäischen Gipfel der Prekären und Ausgeschlossenen im Frühjahr 2017 in Berlin zusammenzurufen. Ein Gipfel, der Europa von unten sprechen und agieren lässt. Es geht darum, das Leben all derer, die in Europa leben, in den Mittelpunkt von Politik zu

stellen. Es geht darum zu sagen, wir lehnen den Dominanzanspruch der Bundesregierung, der ökonomischen Eliten, der Rechtspopulist\*innen ab – und stellen unser anderes Europa und unsere andere Welt der Solidarität ins Zentrum. Damit wir dies realisieren können, braucht es von uns einen entschiedenen Prozess, der mehrere Zwischenschritte beinhaltet. Wir brauchen Diskussionen, massenhaften Protest und angesichts der zunehmend antidemokratisch-autoritären Verhärtung des Kapitalismus auch zivilen Ungehorsam. Dafür braucht es Blockupy.

# Überlegungen zu den Möglichkeiten von Blockupy

## Attac

Die Idee zu Blockupy entstand vor genau vier Jahren, zum Jahreswechsel 2011/12. Von da an bis zum Frühjahr 2015 entwickelte es sich zu einem, wenn nicht dem einzigen, Akteur, der mit Beteiligten aus verschiedenen europäischen Ländern gemeinsam europaweit die Austeritätspolitik öffentlich infrage stellte und damit die soziale Frage thematisierte. Ganz sicher waren im jeweiligen nationalen Rahmen andere bedeutender und erfolgreicher und auch auf europäischer Ebene gab es andere ebenfalls wichtige Akteure, aber das Kooperationsniveau von Blockupy erreichten sie nicht. Der Erfolg von Blockupy war unserer Meinung nach vor allem dem Umstand geschuldet, dass mit (i) der Thematisierung der und der Konzentration auf die Austeritätspolitik, (ii) der Benennung der EZB als konkretem und dem Thema angemessenem Gegner und (iii) dem Aktionspaket aus Massenaktion, Ungehorsam und inhaltlicher Debatte ein klares Profil eines politischen Projekts entwickelt werden konnte.

Bisher ist es uns nicht gelungen, diese Kriterien auf den Ort Berlin zu übertragen, weder im nationalen noch im europäischen Rahmen. Aus unserer Sicht wäre es deshalb falsch, die „Phase des Kampfes gegen die EZB als symbolisch-diskursive Feindkonstruktion“ (Interventionistische Linke) für beendet zu erklären. Leichtfertig gäbe Blockupy damit gewonnene Stärke auf, ohne eine Vorstellung davon zu haben, ob ein „Umzug“ nach Berlin mehr ist als ein unbestimmtes und vielleicht auch unbestimmbares Wunschprojekt. Genauso ist aber offen, ob Berlin nicht doch gelingen könnte. Deshalb haben auch wir uns gemeinsam mit allen anderen bei mehreren Treffen darauf eingelassen, eine gemeinsame Blockupy-Großaktion in Berlin vorzubereiten und durchzuführen. Dazu stehen wir. Aber dies ist in unserem Verständnis eine einmalige, einzelne Entscheidung und keinesfalls eine strategische Festlegung. Nach wie vor halten wir eine Orientierung auf Brüssel als Ort und die EU-Kommission als Gegner für richtiger. Wir sehen lediglich wegen der bekannten praktisch-organisatorischen Schwierigkeiten davon ab, diese augenblicklich auch konkret zu verfolgen.

Genau wie viele andere sehen auch wir, dass die soziale Frage nicht nur offen ist, sondern auch aktuell und sichtbar auf der Tagesordnung steht. Dazu tragen in Deutschland allerdings weniger soziale Kämpfe der Beschäftigten (obwohl es sie vermehrt gibt) und der Bevölkerung allgemein bei, als die beeindruckende selbstorganisierte Hilfe breiter Bevölkerungsteile für die Flüchtlinge. Was diese tagtäglich vor Ort praktizieren und was viele Initiativen und Personen auch ausdrücklich vom Staat einfordern, ist im Kern der Aufbau von Infrastruktur für ein gutes Leben aller. Die wird aber nur zu haben sein durch einen Bruch mit der Austeritätspolitik und dem europäischen Krisenregime. In anderen europäischen Ländern sind es meist andere Themen oder Lebenssituationen, die zum selben Ergebnis führen, seien es in Griechenland oder Portugal die Staatsschulden, in Spanien der Wohnungsmarkt oder in Irland die Wassergebühren.

Eine gemeinsame Intervention muss darauf zielen, eben dieses gute Leben für alle einzufordern. Wir schlagen folglich eine Aktion vor, die unter dem Motto **„KeineR wird zurückgelassen“** den Anspruch auf dieses gute Leben auch praktisch nach Berlin bringt. Dabei orientieren wir uns aktionsmäßig an der zweiten Welle von 2013: An verschiedenen Orten, Objekten, Einrichtungen in Berlin werden markante Aspekte der Krise sichtbar gemacht, Abläufe des Alten blockiert, Neues eingefordert.

Blockupy hat bisher schon einige Themen im Rahmen der Kritik der tödlichen Austeritätspolitik aufgegriffen, einige andere sind aktuell so brennend geworden, dass sie dazugehören können. Aus dem folgenden Katalog müssen keineswegs alle Themen in der Aktion umgesetzt werden und die Liste möglicher Themen ist damit nicht erschöpft. Die Auswahl sollte sowohl politischer Dringlichkeit wie praktischer Machbarkeit folgen. Die Themen wären: Flucht/Migration, Schulden, Wohnungen, (Jugend-) Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Kriege und Klima.

Wenn wir drei oder vier dieser Themen auswählen und an konkreten Orten in Berlin festmachen, dann würde sich ein Aktionsbild wie ein Netz über die Stadt legen. Eine gemeinsame Groß-/Massendemo

würde am nächsten Tag folgen (oder am selben, wie 2015, das wäre zu diskutieren). Innerhalb eines für alle gültigen Aktionskonsenses wären auch unterschiedliche Aktionsformen an den verschiedenen Orten möglich. Jedes einzelne Thema muss europaweit und innerhalb Deutschlands Kämpfe benennen und ihre Gemeinsamkeit herausstellen; praktisch heißt das, dass in der Vorbereitung jedes einzelnen Themas/Aktionsteils jeweils mindestens

eine Gruppe aus Deutschland und eine außerhalb Deutschlands beteiligt sein muss. Gelingt das nicht, entfällt das Thema. Damit das Ganze nicht in eine Addition von Einzelthemen zerfällt, braucht es eine gute zusammenhängende Begründung, deren Kern die Ablehnung der Austeritätspolitik ist. Die Einforderung der dafür unerlässlichen Demokratie erfolgt natürlich auch in den Aktionen, wird aber den Schwerpunkt bei der Demo darstellen.

## Junckers Europa: Troika für Alle!

### Attac Projektgruppe Eurokrise

In der EU wird derzeit über den Vorschlag einer weitreichenden Reform der Eurozone diskutiert. Ein abstraktes, abgehobenes Thema? Nein. Die Bewegungslinke sollte sich mit diesem Projekt auseinandersetzen, weil es drastische Auswirkungen auf die soziale Realität in Europa haben könnte. Die Antwort heißt mehr denn je: Solidarität und Demokratie statt Spardiktate - überall!

*„Damit sich das Euro-Währungsgebiet schrittweise zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion entwickelt, wird es sich wandeln müssen von einem System der Regeln und Leitlinien für die nationale Wirtschaftspolitik hin zu einem System weitergehender Souveränitätsteilung im Rahmen gemeinsamer Institutionen, die größtenteils bereits existieren und diese Aufgabe nach und nach übernehmen können.“ (Fünf-Präsidenten-Bericht)*

Am 22. Juni legte Jean-Claude Juncker ein Papier vor, das seitdem als „Fünf-Präsidenten-Bericht“ bekannt ist. Offiziell haben auch die Herren Draghi, Tusk, Schulz und Dijsselblom daran mitgearbeitet, doch ist es ein offenes Geheimnis, dass es im wesentlichen aus der Feder des Kommissionschefs stammt. Vollständig heißt es „Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden“, und sein Inhalt ist genauso unbescheiden wie der Titel: Es geht Juncker um nicht weniger als die Architektur einer harmonisierten Wirtschafts- und Fiskalpolitik in der Eurozone. Wenn dieser Entwurf sowie der derzeit diskutierte gemeinsame Grenzschutz umgesetzt würden, wäre dies ein großer Schritt auf dem Weg vom Staatenbund zum Bundesstaat. Dass Juncker solche Pläne verfolgt, sollte niemanden überraschen, schließlich gilt er schon lange als „Euro-Föderalist“ und hat dies auch nie verheimlicht. Doch ist es bemerkenswert, dass er sich inmitten multipler Krisen dennoch jetzt

an eine solche Mammutaufgabe wagt. Falls es seine Hoffnung ist, dass die Menschen zu sehr mit der Flüchtlingskrise beschäftigt sind, um sich mit anderen europäischen Politikfeldern zu befassen, dann sollten wir dafür sorgen, dass sich das ändert!

Mit viel Peitsche und sehr wenig Zuckerbrot möchte Juncker bestehende Ungleichgewichte bekämpfen und den Euroraum so stabilisieren; längerfristig wird eine Konvergenz der nationalen Wirtschaftspolitiken angestrebt. Dazu soll das „Europäische Semester“ gestärkt werden, das die wirtschaftliche Entwicklung der Staaten überwacht, Reformen für mehr „Wettbewerbsfähigkeit“ und flexible, effiziente Arbeitsmärkte empfiehlt und deren Umsetzung überprüft. In jedem Staat soll ein „Wettbewerbsrat“ eingerichtet werden, an dessen Vorgaben sich die Lohnpolitik orientieren sollte. Deutlich wird, dass es sich um ein einseitiges Vorgehen handelt, bei dem Staaten mit Haushalts- oder Außenhandelsdefiziten „Reformen“ einleiten müssen, Überschussstaaten hingegen bestenfalls gerügt werden. Damit wird die deutsche Exportorientierung, eine der Hauptursachen für die Eurokrise, ebenso ausgeblendet wie der ruinöse Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern, dem z.B. Irland sein „Wirtschaftswunder“ verdankt.

Auch in der Haushaltspolitik soll die Brüsseler Aufsicht gestärkt werden, nicht zuletzt durch die Einrichtung eines gemeinsamen Schatzamtes (Finanzministeriums) und eines „beratenden Europäischen Fiskalausschusses“. Als im vollendeten System denkbare Option wird eine finanzielle Unterstützung von Mitgliedsstaaten genannt, jedoch soll dies nur in absoluten Ausnahmefällen zum Ausgleich akuter Schocks geschehen und an



strikte wirtschaftspolitische Unterordnung gebunden sein. Regelmäßige Transferzahlungen sowie die das Ziel einer Angleichung von Lebensstandards werden demgegenüber explizit ausgeschlossen. Deutlich konkreter sind dagegen die Aussagen über Europas Finanzmärkte: So wird ein gemeinsamer Abwicklungsfonds für Banken, zunächst mit ESM-Kreditrahmen, und eine europäische Einlagensicherung angestrebt. Damit sollen die Risiken besser verteilt und so staatliche Hilfen im Idealfall unnötig gemacht werden - ob das angesichts der starken internationalen Ausbreitung von Finanzkrisen realistisch ist, darf bezweifelt werden. Um die demokratische Legitimation von Brüssels zunehmender Macht zu verbessern, soll zwar der Austausch zwischen Europäischem und nationalen Parlamenten gestärkt werden, nicht jedoch ihre Kompetenzen. Dafür soll die eigentlich informelle Eurogruppe durch die Einrichtung eines ständigen Vorsitzes gestärkt werden, ebenso würde die geplante Integration des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und weiterer in der Krise geschaffener Euro-Vertragswerke in die EU-Verträge diese deutlich aufwerten.

Umgesetzt werden sollen diese Pläne in zwei Stufen. In der ersten sollen bis Mitte 2017 die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten in diesem Sinne ausgeschöpft und die Finanzmarktunion vollendet werden, abschließend soll ein Weißbuch die Ergebnisse und den weiteren Weg zusammenfassen. In der zweiten Stufe sollen strukturelle Änderungen und wirtschaftliche Konvergenzkriterien rechtsverbindlich festgelegt werden, was zur "Vollendung" der Wirtschafts- und Währungsunion bis 2025 führen soll. Angesichts der Erfahrungen mit EU-Vertragsdiskussionen ist dies ein höchst ambitionierter Zeitplan.

Um eines direkt und klar zu sagen: Junckers Ausgangsüberlegungen sind richtig. Es stimmt, dass die Währungsunion in ihrer bisherigen Form unvollständig ist und nicht dauerhaft überleben kann ohne eine deutlich koordiniertere Politik der Mitgliedsstaaten. Genauso notwendig ist eine echte europäische Bankenaufsicht. Es stimmt weiterhin, dass es gewisse Bedingungen geben muss für die Haushalte und die Lohnentwicklung in den Staaten einer Währungsunion, und dass Transferzahlungen kein unbegrenzt zu verabreichendes Allheilmittel sind. Diese Konstruktionsfehler waren vermutlich den meisten Beteiligten schon beim Start des Eu-

ros 1999 bewusst, doch hätten sie sich seinerzeit niemals im Konsens auf entsprechende Regelungen und den damit verbundenen weitergehenden staatlichen Souveränitätsverzicht geeinigt.

Doch Junckers richtiger Diagnose folgt ein Therapieversuch, der die katastrophale EU-Krisenpolitik gegenüber Griechenland zum Maßstab für die gesamte Eurozone zu nehmen scheint. In der Theorie und in sich mag sein Modell konsistent sein, doch würde es die bestehenden Wohlstands- und Entwicklungsgefälle im Euroraum zementieren statt zu lindern und so den Abwanderungsdruck in wirtschaftlich schwächeren Regionen verschärfen. Das würde einerseits dort zu fortwährenden sozialen und politischen Konflikten führen, andererseits die politische Dominanz der reicheren Euro-Mitglieder festigen, da von ihrem Wohlwollen der Umgang mit Staaten mit Außenhandelsdefizit abhinge. Diesen würden ihre demokratischen Spielräume in der Wirtschaftspolitik weitgehend genommen und im Namen der "Wettbewerbsfähigkeit" rigorose "Strukturenreformen" verordnet. Der resultierende Wettlauf nach unten bei Löhnen und Sozialstandards hieße verschärfte Armut für Viele und steigende Gewinne für Wenige - wenn sie denn noch Abnehmer für ihre Produkte finden. In Anlehnung an die Kontrollinstanz aus Kommission, EZB und IWF in der Eurokrise lassen sich Junckers Pläne somit als "Troika für Alle" zusammenfassen.

Dass offenbar diskutiert wird, aus dem "Sonderfall" der erzwungenen unsozialen Strukturreformen im Rahmen der Euro-Krisenpolitik den neuen "Normalfall" in der Eurozone zu machen, ist ein Skandal und sollte viel stärker ins Bewusstsein der EuropäerInnen gebracht werden! Der "Fünf-Präsidenten-Bericht" beschreibt eine dystopische mögliche Zukunft der Währungsunion und sollte von linken Bewegungen in Europa daher dringend thematisiert werden. Ob eine explizite Kampagne 'gegen' das Papier politisch zielführend ist, erscheint dennoch fraglich.

Zum einen handelt es sich bei Junckers Vorschlägen trotz seiner politischen Funktion lediglich um eine, zweifellos gewichtige, Äußerung in einer fortlaufenden Debatte. Innerhalb der EU ist es wohl noch nie vorgekommen, dass das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses dem ersten Entwurf auch nur ähnelte. Da die angepeilten Souveränitätsstransfers sehr weitgehend sind und die Bekämpfung wirtschaftlicher Krisen eher erschwert würde,

dürften Reformvorhaben dieser Art die bereits jetzt sichtbare EU-Skepsis noch verstärken, was politisch extrem riskant wäre. Daher erscheint ihre weitgehende Umsetzung eher unwahrscheinlich - was sich jedoch ändern könnte bei einer weiteren extremen Krisenzuspitzung ("Schock-Strategie"). Unabhängig vom Grad der späteren Umsetzung ist außerdem eine politische Kampagne gegen ein Arbeitspapier, das nur einen Zwischenstand darstellt und über das kein Parlament abstimmt, mäßig attraktiv.

Zum anderen scheint sich derzeit mancherorts die EU-Skepsis zu einer dezidierten anti-EU-Haltung zu wandeln. Diese könnte im Fall erneuter politischer Schocks nicht nur zum Ausscheiden Großbritanniens führen, sondern den europäischen Einigungsprozess tatsächlich in seinem Kern gefährden. Verstärkt würde das, wenn aufgrund expliziter Ablehnung der geplanten "Reformen" bzw. Vertiefung der Union von links in der Öffentlichkeit

ein Bild entstünde, wonach "Rechte wie auch Linke die EU ablehnen". Dass die EU-Eliten mit solchen Ängsten und der Wahl des "kleineren Übels" kalkulieren, ist klar - aber sie scheinen derzeit auch nicht völlig aus der Luft gegriffen. Daher erscheint eine fokussierte Kampagne gegen den "Fünf-Präsidenten-Bericht", die potentiell missverstanden werden kann, auch politisch höchst problematisch. Umso dringender sollte jedoch - in expliziter Abgrenzung von Juncker - verstärkt die Forderung nach einer sozialen, demokratischen und solidarischen EU in die Öffentlichkeit getragen werden! Dies gilt umso mehr, als eine Form der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung sowie der gemeinsamen Bankenregulierung dringend notwendig ist und ihre konkrete Ausgestaltung letztlich das Ergebnis der sich jetzt zuspitzenden politischen Auseinandersetzung sein wird.

# Vergesst Griechenland!

TOP B3rlin (organisiert im ...ums Ganze!-Bündnis)

**In der jetzigen Situation müssen wir vor allem den Rassismus und Nationalismus in der Flüchtlingsdebatte bekämpfen – und verdeutlichen, dass die „Flüchtlingskrise“ die neueste Etappe des europäischen und weltweiten Krisenkapitalismus ist.**

Mit dem Einknicken der Syriza-Regierung schien vorerst wieder Ruhe eingekehrt in Europa und die ökonomische wie politische Eurokrise eingehegt zu sein. Und auch Blockupy stand vor der allseits bekannten Frage, wie es nun weitergehen soll. Doch die kapitalistische Systemkrise, die 2008 sichtbar geworden ist, kehrte schon kurze Zeit später als sogenannte Flüchtlingskrise zurück – ausgerechnet ins Auge des Sturms, nach Deutschland. Das führt zu einer vor Monaten kaum für möglich gehaltenen politischen Zuspitzung, auch im Zentrum des europäischen Kapitalismus. Auf der einen Seite sind so viele Menschen wie nie in der Geflüchteten-Solidarität und bei antirassistischen Aktionen aktiv. Auf der anderen Seite scheint es, ein 90er-Revival zu geben: neue „Flüchtlingswelle“, Angriffe auf Unterkünfte, ein Aufschwung für rechte Parteien, nebst ihren bürgerlichen Pendants, die flugs das Asylrecht ändern. Derzeit wird Angela Merkel rechts von der SPD überholt, und Sahra Wagenknecht von der LINKEN hetzt wie die CSU von „Gastrechten“, die man nicht missbrauchen darf.

Die sogenannte Flüchtlingskrise ist in unserer Abstiegs-gesellschaft in letzter Instanz eine Verteilungskrise. Die von ihrer Stammpartei wieder mal verratene Arbeiter\*innenschaft fürchtet die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Die nicht zuletzt durch Outsourcing überproportional gewachsene Anzahl von sehr spezialisierten Selbstständigen verdient zwar meist gut, ihre Position bleibt aber prekär, da unsicher ist, wie lange ihre speziellen Nischenprodukte noch Absatz finden. Aber auch der Rest der Mittelschicht ist angezählt und fürchtet sich vor weiteren Einschnitten wie Steuererhöhungen im Zuge der Flüchtlingskrise, nachdem Teile ihrer Altersvorsorge schon in der Finanzkrise verpufft sind. Es sind auch diese Klassen und nicht etwa die herrschenden Leistungsträger in den sozial wie ethnisch abgetrennten, schicken

Stadtvierteln, die die Integration in Schulen und am Arbeitsplatz leisten müssen – und die sich vor einer weiteren Entwertung dieser Institutionen um den Stuserhalt fürchten. Angesichts des Mangels an gesellschaftlichen Alternativen, erscheint der die eigenen Pfründe sichernde Weg in die nationale Wagenburg als rationale Option. Doch aus dem Kalkül wird Misstrauen, aus dem Misstrauen Angst, Wut und schließlich Verfolgungswahn. Da ist es schwierig zu entscheiden, wo derzeit in der Flüchtlingsdebatte der vermeintlich rationale Staatsbürgernationalismus mit rassistische Grundierung aufhört (AfD? SPD?) und die neue völkische Bewegung beginnt (Pegida? AfD? oder doch schon beim rechten Flügel der CDU?). In letzter Instanz bedeutet dies aber eben auch: Die ökonomische Krise wird sich immer ideologisch (rassistisch, nationalistisch etc.) äußern. Linke Alternativen, also ein Leben ohne Angst samt Aufklärung über das, was die Welt und die Subjekte antreibt, sind derweil kaum sichtbar und werden auch nicht am Reißbrett erfunden werden. Es bedarf einer kollektiven Erfahrung von Solidarität, die sie denkbar macht. Solidarität gehört aber inzwischen zu den ins Private verdrängte und in der Öffentlichkeit abgewerteten Begriffen wie Gutmenschentum. Es ist daher eine zentrale Aufgabe der europäischen Linken, gegen Rassismus und Nationalismus in der gegenwärtigen Debatte vorzugehen, auch um eine solche solidarische Perspektive jenseits von Staat, Nation und Kapital aufrechtzuerhalten.

In diese pessimistische Bestandsaufnahme hat die unerwartete Hilfsbereitschaft vieler Menschen, die selber aktiv geworden sind, zwar eine Lücke gerissen. Zigtausende haben sich der staatlichen Inszenierung eines Notstandes, der nur eine Botschaft aussenden sollte, „hier gibt es nichts zu holen“, widersetzt. Ob nun die Willkommensinitiativen aber ein Ort sind, an dem Erfahrungen der Solidarität gemacht werden oder vor allem Mildtätigkeit organisiert wird, ist nicht ausgemacht. Sicher wird das Helfen und Unterstützen in einer übermächtigen gesellschaftlichen Situation der verschärften Konkurrenz, in der ideologische und praktische Angebote zum Arschlochsein zu Hauf vorhanden sind, als Form von Handlungsfähigkeit und Solidar-



ität erfahren. Ihre praktischen Konsequenzen für die Betroffenen wie für den gesellschaftlichen Diskurs sollte man nicht unterschätzen, denn nicht zuletzt zeigt sie, dass die Reaktion auf die Abstiegs-gesellschaft nicht automatisch reaktionär sein muss. Die Gesamtscheiße ist keine Ausrede dafür, zum Arschloch zu werden. Auch kann die Erfahrung der real Anderen, mit ihren alltäglichen Nöten, Bedürfnissen und schlechten Eigenschaften, kaum hoch genug eingeschätzt werden. Das Bild von Flüchtenden in Deutschland hat sich innerhalb nur eines Jahres erheblich, und zwar – trotz „Köln“ – zum Guten verändert: weniger romantische Illusionen über andere „Kulturen“, mehr Erfahrungen und Erzählungen, mehr Wissen über Fluchtursachen, Kriege, Rüstungsexporte.

Die Probleme von verrohter Bürgerlichkeit und traumatisierte Arbeiterschaft sind damit allerdings keineswegs getilgt, sie spiegeln sich im Aufstieg der AfD und von Pegida, die in der instabilen Situation heute Stabilität mittels der Mythen von Gestern versprechen. Sie eint ein völkischer Nationalismus, der eine ethnisch homogenisierte Nation anstrebt und von einem „Volkskörper“ (AfD-Vize Alexander Gauland) ausgeht, der nicht zuletzt durch Fremde geschwächt und verunreinigt werden kann, und damit immer schon rassistisch ist. Dieser völkische Nationalismus artikuliert sich nicht immer gleich, aber in Form einer Familienverwandschaft, die so unterschiedliche Akteure wie AfD und Pegida sowie NPD und Kameradschaftsnazis zusammenbringt. Wie in jeder Familie ist das Verhältnis untereinander nicht immer harmonisch.

Eine politische Machtübernahme dieser neuen völkischen Nationalisten droht nicht, aber sie polarisieren den gesellschaftlichen Diskurs und artikulieren eine gesellschaftliche Position, die nach allen Umfragen immer schon stark war, aber bislang keinen organisatorischen Ausdruck hatte. So handelt es sich bei den Wähler\*innen der AfD nicht etwa um ehemalige NPD-Wähler\*innen, sondern es wurden neue Milieus für eine rechte Position außerhalb der etablierten Parteien erschlossen. Die NPD ist nach den Umfragen stabilisiert, die organisierten Kerne der Naziszene erleben gerade jetzt mit den massenhaften Angriffen auf Asylbewerber\*innenheime Erfolge. Durch die Mobilisierung dieser Position verschieben die völkischen Nationalist\*innen den gesamtgesellschaftlichen Diskurs ganz allmählich

nach rechts. AfD und Pegida sind die Katalysatoren dieser Polarisierung, sowie sie selbst nur eine Radikalisierung des herrschenden Diskurses sind. Im rauen Wind der Standortkonkurrenz liegen Leitkultur und völkischer Nationalismus, wenn es darauf ankommt, nahe beieinander. Während Pegida und AfD jeden Vorwand zum Anlass nehmen, um Stimmung gegen Geflüchtete zu machen, reagieren die Parteien von Grünen bis zur CSU darauf, indem sie das Asylrecht weiter schleifen und das Abschottungsregime wieder funktionsfähig machen wollen. Das Ergebnis: Auch wenn es weitgehend aus den Nachrichten verschwunden ist, sterben fast jeden Tag Menschen auf der Flucht nach Europa – und vom freundlichen Gesicht, das dieses Land angeblich gezeigt hat, ist in den Turnhallen und anderen Lagern, in denen die Geflüchtete massenhaft kaserniert sind, sehr wenig zu sehen.

So fest der nationale Konsens auch zu sein scheint, er ist angreifbar. Denn die Bewegungsfreiheit von Menschen institutionell einzuhegen, ist ein politischer Kraftakt. Er braucht Kollaborateure und jedes Glied der Abschiebekette ist eine Sollbruchstelle. Zahlreiche Initiative, von Deportation Class bis „hiergeblieben“ haben gezeigt: An jedem Hebel der Maschiene kann sich gegen die Sortierung von Menschen und ihre Misshandlung im Namen staatlicher Bevölkerungskontrolle entschieden werden, überall kann Sabotage greifen. Von den politischen Parteien, die schreiendes Unrecht in Gesetze gießen, über Amtsärzte, Bullen und Pilot\*innen, die mitspielen müssen, bis hin zu den Unternehmen, die an der Kasernierung von Geflüchteten, dem Bau von Zäunen und den Abschiebungen verdienen, lässt es sich ansetzen und Druck aufbauen.

Schon 2014 haben wir unter dem Motto „Nationalismus ist keine Alternative“ angesichts des sich anbahnenden Wahlerfolges rechter Parteien in ganz Europa innerhalb von Blockupy zu einer antifaschistischen und antirassistischen Initiative gegen die Akteuren der Abschottung aufgerufen. Eineinhalb Jahre später ist die Notwendigkeit einer solchen Initiative sogar noch dringlicher. 2016/2017 kann der Themenkomplex „Flucht, Abschiebung, reaktionäre Formierungen“ ganz sicher nicht gemäß der Arbeitsteilung der deutschen Linken an „die“ Antifa oder die Antira-Initiativen delegiert werden; es ist ein Thema, bei der ein linkes Bündnis wie Blockupy erstens den Zusammenhang zum deutsch-eu-

ropäischen Krisenregime aufdecken und zweitens dementsprechend auf der Straße handeln sollte. Nicht zuletzt deshalb, weil Blockupy sonst einen der zentralen sozialen Kampffelder der kommenden Jahre rechts liegen lässt und als gesellschaftlicher Akteur an Relevanz einbüßt. Letztendlich wird das vielbeschworene „Europa von unten“ nicht sein ohne die Millionen Neueuropäer\*innen, die gerade erstmals ihren Fuß auf den Kontinent setzen.

Es ist an der Zeit, das Kapitel „EZB-Eröffnung in Frankfurt am Main“ als erfolgreich beendetes Kapitel anzuerkennen und – zuzuschlagen. Vergessen wir also Griechenland und die EZB! Wir werden nicht erfolgreich sein, wenn wir weiter über die Finanzkrise reden. Mehr noch: Nur wenn wir uns in die gegenwärtigen Debatten um Rassismus, Fluchtursachen

und Nationalismus stürzen, haben wir überhaupt die Chance, unsere Kritik am Krisenkapitalismus zu erneuern. Blockupy muss dieser Herausforderung in Deutschland ins Auge sehen. Auf also zu neuen Ufern! Stärken wir das europäische Bündnis Blockupy! Sehen wir mit unseren Genoss\*innen in Europa den Realitäten ins Auge! Warum nicht die Grenzen Europas als nächstes Ziel diskutieren und der Parole „No Border“ praktischen Ausdruck verleihen? Oder wie schon in den Jahren zuvor, „im Herzen der Bestie“ den deutschen und europäischen Verhältnissen des Krisenkapitalismus die eigenen Melodie vorpfeifen: Sie sind hier, weil der europäische und weltweite Kapitalismus ihre Länder zerstört.

# Input des Diktyo Athen zum Blockupy Ratschlag

## Diktyo — Netzwerk für politische und soziale Rechte (Griechenland)

Heute erscheint eine starke europäische Vernetzung der Bewegungen allein im Hinblick auf die Austeritätspolitik nicht möglich. Die konkreten Auswirkungen der – maßgeblich vom Deutschen Reich mithilfe von willfährigen Vasallen in der EU beschlossenen und unter Nutzung des Instruments Troika umgesetzten – Austerität sind in den einzelnen Ländern zu unterschiedlich.

Schon vor der Krise hat die europäische Wirtschaftsordnung zu einer enormen Umverteilung der Reichtümer von der Peripherie in die hegemonalen Zentren geführt. Die Einführung des Euro war dafür ein entscheidender Hebel. Vor allem das produzierende Gewerbe in den peripheren Ländern der EU-Zone war dem Druck des einheitlichen Marktes nicht gewachsen und brach zu großen Teilen zusammen.

Von ihren Gewinnen, die teilweise auch auf den Kapitaltransfers beruhten, mussten die Kapitalisten in der europäischen Mitte aufgrund der sozialen Kämpfe einen geringen Teil an die arbeitenden Klassen weitergeben, so dass die Einkommensunterschiede zwischen den Lohnabhängigen in den verschiedenen Ländern immer größer wurden. Die Krise hat diesen Prozess dann noch einmal erheblich verschärft. (Ein großer Teil der griechischen arbeitenden Klassen zum Beispiel würde heilfroh über die "Segnungen" von Hartz IV sein – wenn man mal von der ständigen Kontrolle und Schikane, die damit verbunden ist, absieht –: Der Mindestlohn beträgt in Griechenland heute 586 brutto. Das sind zirka 490 Euro netto. Neueinstellungen erfolgen häufig auf 25-Stunden-Basis – während tatsächlich 40 bis 50 Std. wöchentlich gearbeitet wird –, was dann zu einem Monatseinkommen von 300 Euro führt. 40 Prozent der griechischen Bevölkerung leben an oder unter der Armutsgrenze, die nur halb so hoch ist wie in Deutschland. Die Arbeitslosenstütze läuft nach einem Jahr aus mit der Folge, dass man aus der Sozialversicherung herausfällt und es keinerlei Unterstützung mehr gibt. Usw.)

Diese enormen Unterschiede sind ein Gesichtspunkt, der in der Einladung zum Ratschlag zu kurz kommt beziehungsweise fehlt. Sie sind aber wes-

entlich, wenn man darüber sprechen will, warum sich mit dem 18. März ein Kreis geschlossen hat. Denn Blockupy mit seiner Konzentrierung auf die EZB als Teil der Troika ist von Deutschland mehr oder weniger als Soli-Bewegung mit der Peripherie ausgegangen – zumindest so wie wir es aus der Entfernung wahrgenommen haben. So konnte ein relevanter Teil der deutschen Linken aktiviert werden, in der die internationale Solidarität eine lange und erfreuliche Tradition hat; eine wirkliche Massenbewegung war so aber nicht in Gang zu setzen.

Soweit Blockupy die Demokratie auf seine Fahnen geschrieben hat, ist auch diese Frage nicht wirklich geeignet, eine schlagkräftige europäische Vernetzung der Bewegungen zu fördern. Bekanntlich sind die Vorstellungen von "wirklicher Demokratie" oder "Demokratie von unten" äußerst unterschiedlich.

Man hat das nach unserer Beobachtung recht gut im letzten Frühjahr und Sommer gesehen: Griechenland spielte im Blockupy-Prozess eine durchaus tragende Rolle. Viele Genoss\_innen von Blockupy waren in Griechenland, haben sich bei verschiedensten Akteuren informiert und auch aktiv an Veranstaltungen vor und nach dem Referendum vom 5. Juli teilgenommen. Wir hatten gelegentlich den Eindruck, dass dabei große Hoffnungen auf Syriza gesetzt und unsere Warnungen vor zu optimistischen Einschätzungen nicht immer ernst genommen wurden. So musste dann das Erwachen nach der Erkenntnis, dass Syriza auch nur eine sozialdemokratische Partei ist (wenn auch, zumindest bis zum 3. Memorandum, eine im Vergleich mit den Blairs, Hollandes und Gabriels relativ fortschrittliche), um so heftiger sein.

Gleichwohl halten wir eine europäische Vernetzung der Bewegungen für notwendig. Die europäischen Kapitale agieren europaweit und international; mittels der EU-Institutionen werden die Angriffe gegen die Völker Europas gesteuert. Wie man am Beispiel Griechenlands sehen konnte, dürfte es praktisch unmöglich sein, diesen Angriffen wirksam auf nationaler Ebene zu begegnen. Und solange die Wirtschaftsordnung so ist, wie

sie ist, dürfte auch jedes kleinere Land, das sich mit einem angegriffenen anderen solidarisch zeigen will, sehr schnell durch einfache Drohung wieder auf den "rechten Weg" zurückzubringen sein. Deshalb hat die griech. Regierung während ihrer gesamten Amtszeit in ihren Bemühungen um eine Linderung der Austeritätsauswirkungen immer allein gestanden. Das passiert, wenn man sich keinen rechten Begriff vom Imperialismus macht beziehungsweise machen will...

Wir erachten die Vernetzung auch deshalb für erforderlich, weil viele der in den letzten Jahren entstandenen Bewegungen über wenig Erfahrung verfügen und daher das Lernen von anderen beziehungsweise von Bewegungen in anderen Ländern wichtig ist. Die Bewegungen brauchen die Vernetzung auch, um an den Erfolgen in anderen Ländern teilhaben zu können – was ja einen durchaus aufbauenden Effekt haben kann – und aus den Niederlagen Lehren für die eigene Politik zu ziehen.

Der Fortbestand beziehungsweise die Neuaufstellung von Blockupy ist uns auch deshalb wichtig, weil es gegenwärtig keinen anderen radikal linken Akteur auf europäischer Ebene gibt, der die Vernetzung von Bewegungen mit den verschiedensten thematischen Schwerpunkten leisten könnte. Es gibt die Bewegungen, die sich mit Flüchtlings- oder Migrationsfragen befassen, die, die im Umweltbereich tätig sind, die, die ökonomische Probleme im Blickfeld haben. In der Regel agieren diese Bewegungen unabhängig voneinander. AlterSummit als internationaler Akteur hat vielleicht seine Daseinsberechtigung, spricht aber doch eher die reformistischen Kräfte in Europa an.

Zu den möglichen Themenbereichen: Soweit es ökonomische Fragen betrifft, sind verschiedene Gesichtspunkte denkbar, unter denen sich Blockupy zukünftig aufstellen könnte. Beispielhaft zu nennen wären ein Schuldenerlass, ein europäischer Mindestlohn (750 €? Wäre sicher für deutsche, französische oder holländische. Lohnabhängige wenig spannend, für die Länder des europäischen Südens und Ostens aber sehr wohl) oder eine allgemeine Versicherungspflicht, in die auch Arbeitslose beitragsfrei einbezogen sind. (In Griechenland sind im Augenblick zirka ein Drittel der Bevölkerung nicht sozialversichert, können sich daher zum Beispiel keinen Krankenhausaufenthalt leisten.)

Wie oben angerissen, scheint uns der Versuch notwendig, in die Blockupy-Bewegung andere politische Bewegungen einzubeziehen. Auf der Hand liegen im Augenblick die Flüchtlingsbewegung beziehungsweise die Flüchtlings- und Migrationsfrage, Umweltfragen und -bewegungen, Fragen von Krieg und Frieden (imperiale Interventionen in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten), Probleme der Repression. (Letztere haben gerade in Frankreich mit der Verhängung des Ausnahmezustands neue Aktualität bekommen.) Vor allem die Flüchtlingsfrage dürfte zur Zeit, zumal sie sich europaweit stellt, geeignet sein, eine internationale Vernetzung voran zu bringen. Sie sollte unserer Meinung nach allerdings weder als Haupt- noch gar einziger Kristallisationspunkt verstanden werden, zumal es hier bereits die verschiedensten Netzwerke gibt (Welcome to Europe, Afrique-Europe-Interact, noborder, Watch the Med und andere).

Krisen und Spaltungen sind bei einer so heterogenen Bewegung wie Blockupy unausweichlich. Bei einer Bewegung mit europäischem Bezug hängt die Akzeptanz entscheidend davon ab, wie man sich zu Europa beziehungsweise zur EU stellt. Es dürfte zum Beispiel langfristig schwierig sein, innerhalb eines konkreten Netzwerks Gruppen und Menschen zu vereinen, die die EU (von unten) reformieren wollen, und solchen, die sie als Kampfverband des internationalen Kapitals betrachten – was der Auffassung des Diktyo entspricht.\*

Entscheidend wird sein und bleiben, die Einheit in den konkreten Kämpfen herzustellen. Eine Fortsetzung bzw. Erweiterung von Blockupy hängt unseres Erachtens wesentlich davon ab, ob es gelingt, Konfliktpunkte zu benennen, die größere Bevölkerungsteile unmittelbar betreffen, und an ihnen die konkrete Auseinandersetzung zu suchen. Dabei sollte es darauf ankommen, auch Aktionen des Ungehorsams "anzubieten" beziehungsweise einzubeziehen, die es einer Vielzahl von Menschen erlauben, sich darin wiederzufinden und daran teilzunehmen. Auch wir denken, dass das einer der Gründe für die Erfolge von Blockupy war.

Die Einheit in konkreten Kämpfen herzustellen, geht nicht immer zentral. So funktionieren Bewegungen nicht. Es müssen in einer Vielzahl von Kämpfen Alternativen für dezentrale, aber koordinierte

nierte Aktionen in den einzelnen Ländern angeboten werden.

Für weitere, dann eventuell konkretere Festlegungen – wir wissen nicht, welche Entscheidungen der Ratschlag zu treffen bereit beziehungsweise in der Lage ist – bietet das Diktyo an, auf seinem Antirassistischen Festival, das jedes Jahr im Juli (in der Regel am ersten Juli-Wochenende) stattfindet, einen Themenschwerpunkt Blockupy beziehungsweise Europäische Vernetzung der Bewegungskämpfe einzurichten. In diesem Rahmen könnten zum Beispiel drei Workshops stattfinden, die sich mit bestimmten von Blockupy noch festzulegenden Themen befassen.

Das Antirassistische Festival Athen ist die größte Veranstaltung dieser Art in Griechenland. Es findet immer von Freitag bis Sonntag statt und hat im Normalfall – also vor allem wenn es nicht regnet – zwischen 20.000 und 25.000 Besucher. Alle linken, antirassistischen, antifaschistischen sowie ein Teil der anarchistischen Gruppen und Zusammenschlüsse sind in die Vorbereitung und Veranstaltung eingebunden, so dass eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit in Griechenland gewährleistet ist.

Alternativ könnten wir auch anbieten, im Sommer ein Camping zu organisieren. Einzelheiten dazu müssten gegebenenfalls im Rahmen einer Diskussion geklärt werden.

## Discussion input on the transnational long-term perspectives of Blockupy

Commune of Europe (Italy/Germany)

### A year of hope and defeat or: Those who aim high can fall deep

2015 was a turbulent one: the massive transnational mobilization to block the ECB opening in Frankfurt on a weekday as well as the powerful OXI in July gave us a spirit of change and let the possibility to widen the cracks in the system become tangible. It's needless to remind of the unprecedented level of authoritarian rule whereby the EU erased the option of any alternative to its neoliberal governance and austerity regime. This oppression was primarily exerted by the German government, manifesting its new role within German-Europe. The new form of European governance seems to decreasingly depend on the formation of a social consensus, both with regards to the supra-national institutions and the "centre extremism"-led governments. Last summer also brought about a new, truly transnational movement: practically overnight and at least temporarily the refugees' movement pulled down the borders of Fortress Europe. This was accompanied by a wave of solidarity and emergence of "welcome initiatives" basically everywhere. At the same time, we are also experiencing a right-wing

racist backlash of a new quality that reaches deep into mainstream society all across Europe. In this situation we can speak of an unprecedented level of social polarization.

We do not know exactly what the next months and year will bring. But we know for sure that neoliberal capitalism is not at its limits, thus we should not be either. The neoliberal shock waves across the EU foresee a redefinition of the European political space, captured by the authoritarian rule, state of emergency and class war amongst the lowest social classes. The socio-economic developments will continue to challenge Blockupy.

Blockupy is unique and should not be given up easily. As a hybrid coalition between movements' organisations, parties and unions it managed to synchronize the heterogeneity of national crisis dynamics. During last years, it has been the only actor able to transform its radical criticism and political imaginary into collective disobedient mass actions on the street on a European scale. It is the only international actor posing the question of power in the European space - a first experience of transnational organization. Blockupy has become more than the many years of political work, more than



its transnational coalition, more than a European campaign or a big event. We have reached a level of social acceptability and a dimension of reference unprecedented. A similar project is currently not in sight on our political horizon.

From the years before we know however that we need continuity as much as new inspirations in order to go on and take the next steps. Austerity is not over but it became normalized in our lives, that is why we need to update our means of struggle. Let's be prepared when the European power bloc strikes back again: transnational, disobedient and anti-capitalistic.

### **Blockupy: a transnational organization inside the local points**

The ruling political and economic elites seem to have found a way to defend yet again their power: they fuel the right-wing and racist threat by exploiting the question of provisions for refugees and migrants in order to legitimize further austerity measures and intensify the distribution of wealth from the bottom to the top. The impoverishment and precarization of large parts of society and the loss of public services is however the result of twenty years of neoliberal policy. Public budgets were cut through municipal "debt brakes" and fiscal compact policies. Social infrastructure and public services are privatized while at the same time millions of public Euros are being invested into ruinous major construction projects (Berlin airport, TAV, Stuttgart train station, drills on the seaside of eastern Italy, new incinerators sites, etc) or military investments. It is our task to show that these apparently technical decisions are a matter of political decision and as such to be challenged.

Due to these constellations, we believe that right now our reply cannot take the form of one-spot mobilizations to symbolic places such as the ECB anymore, but must be found on the local level. It is there where normalized austerity manifests itself. It is where refugees and migrants have arrived and struggle for a live in dignity. It is where hundreds of "welcome initiatives" do what the state is unwilling to do. It is the local level where the lower social classes are played off against each other. It is where we live, face austerity in our everyday living conditions and act politically.

Against this background, our task is to prevent the neoliberal governmental commands of the Eu-

ropean elites to be applied in our territories. This means to not only link the local and European dimension discursively, but to empower the local communities inside transnational perspectives and strategies. It is interesting to look at Barcelona and Madrid, and to Rojava in other terms. There, movements have gained the city not only from an electoral point of view but have reclaimed the city through re-appropriation of means of production and living, through recollectivization of reproduction and through forms of alternative institutional structures. Why can't we think about a wake of the European cities? If we put the power issue (in a time where the formal institutions, the state of emergency, the decisions are defining an authoritarian and anti-democratic political command) on a local level, we directly arrive to question the governance and its layers of powers. We propose it in this way because we think that we have to connect social issues such as basic income, new labour and union rights, with a strong, very political discourse and practice of the conquering of the cities in order to modify them on the base of common needs and desires. How can we gain shape and organise our cities and our lives?

Let's imagine a map or alliance of the rebellious European cities that are committed to a freedom struggle against the appropriation of the neoliberal Europe. This map can be a frame of reference for different initiatives and thematic struggles on a transnational level. We propose that Blockupy calls for participation in those initiatives and becomes active itself as one of many networks highlighting the force of austerity in its local face and consequences. This should be its main task: to provide the transnational perspective and to feed these local initiatives back into the larger European struggle. In Germany the idea of reclaiming our communities translates into the idea of a city for all. In fact, local "city for all" initiatives have emerged for example in Hamburg, Frankfurt, Leipzig and Berlin. In Italy, Greece, Spain and Portugal, this is a widespread practice already and new forms of collectively organized welfare, cooperation and institutions have developed around it.

Let's think about how austerity concretely shows up in our social conditions and how we can oppose it in our cities and in our lives. Let's reclaim our utopian ideas. Let's start to think about how we want to live. How we want to produce and reproduce. How we want to reclaim our cities and our commons.

## **Long-term perspective for Blockupy: let the rebellious cities and communes across Europe come together in 2017**

Even if we could be tempted to shift our struggles to the very local level, a transnational practice is indispensable, exactly because what we experience in everyday life is the product of European policies. Authoritarian neoliberalism is a European matter and we shall not become fragmented and invisible in particularistic struggles. We also need points of crystallization and visibility. Therefore, our goal is to be back on the street with an international mobilization in 2017. It is the year of the 100th anniversary of the revolution in Russia. 2017 is also the year of the federal elections in Germany – and in a German-led Europe they are not only a German matter but an event that will influence the lives of millions of people.

Latest then, all rebellious cities, “city for all” networks, social coalitions and local and transnational networks should stand united. Together, they form numerous small communes and a vision of an alternative Europe from below. Together, they could become a powerful “Europe for all” bloc able to challenge neoliberal elites. Maybe those in power will set a day X and a place. There is a rumor that a European Conference will take place in Rome where the political elite will debate and constitute new treaties to deepen EU governance and economic integration. The streets of Berlin could also be the center of our rebellion in 2017. It is the capital of German-Europe, of austerity doctrine, the symbol of authoritarian rule over Greece and the heart of Fortress Europe. At the same time it is home to strong social struggles from below. May 1st, the historically unique day of the left, has been raised before as a date. In autumn 2017 the 100th anniversary of the October Revolution coincides with the German federal elections. Let’s disturb their election spectacle all together as transnational movements from below. In a wild referendum on the feet we hold our own election: for an anti-capitalist Europe without borders.

Until then, we need different moments of coming together in 2016, too. One intervention to show our alternative vision of Europe could be to join a transnational mobilization to the border of Slovenia and Croatia in spring. Another idea which we want to discuss is to join a transnational bloc on May 1st to strengthen our relations and practice in the streets.

No matter where and when: they will not get rid of us since a movement cannot be blackmailed!

# Blockupy this Europe

## Precarious DisConnections (Italy)

### Our space

Together with many others we said again and again that Europe is the minimum field of struggle. But what does Europe mean today? No one can be satisfied with the current state of affairs. However, as the scale of all the processes in which we are involved is at least European, every movement needs an idea of Europe in order to answer this questions: how do we block the functioning of this Europe and how do we – and the people we care about – occupy the European political space? One thing must be clear: neither the oppression lurking on us, nor the ongoing movements of people do respect national borders. The EU enlargement means increased mobility of commodities, capitals, production and workers. Even though many social movements and European trade unions still find it hard to understand it, Europe is a single market located in the global market and what happens in one part of it affects the other parts.

While the national level is still more visible, the transnational one is a matter of fact, and as such is to be treated by the movements. Rather than limiting our action, the European space should push it on a higher level. The territorial dimension is a limit that we must overcome in order to widen our initiative. We do not need forts in which to defend ourselves, but instruments of connection in order to be able to counterattack. At the same time, we do not need a void idea of Europe, but strong tools to face its material constitution. It is not just a territorial or democratic rootedness that we should seek, but a political one.

### Our time

After the Greek coup, the summer-tempest of migrants, and the terror in Paris, the EU is trying to present itself as the best possible scenario. A solid growth, jobs, social protection against poverty and exclusion, on the one hand; balance of budget, a governed and flexible mobility, on the other. While the EU produces xenophobia and closure, it fancies detaining the power of controlling the movements of migrants. The consolidation of a crisis regime made of social inequalities, decline in wage and re-

striction to the freedom of movement, represents itself as the best option, especially against the growth of nationalism and xenophobia. While many, also among radicals and trade-unionists, believe that going back to the sovereign nation-states is the answer, it is clear that national sovereignty is politically valuable only for the far right and for those who overlook the power relations across Europe.

In addition to this tendency of claiming the return to the national territory, the transnational scope of the political initiative has been challenged by some sort of self-complaining about the poor effects of the summer of our discontent. Blockupy should oppose both tendencies, while taking their causes seriously. The institutional crisis raised by the massive movements of migrants shows: what is at stake is the very constitution of Europe, that is the form of Europe in next years and the battlefield on which each movement will have to measure its strength. In this period, the constitution of Europe is being defined by the contradiction between the centralization of the decision-making and a tension to use national interests as a leverage to protect the local balances of debt, labour market and welfare systems.

By protesting against the opening of the new ECB building, Blockupy has been able to point out this contradiction and to highlight the existence of a European political opposition. Yet now it is necessary to rethink our strategy and discourse: if the recent mobilizations leave no political remnants, it might mean that our analysis was not accurate enough. In this framework, localizing our initiative, rooting it in our cities or regions, does not mean necessarily to make it more concrete. What makes our transnational coordination concrete are some clear contents that allow us to take stances in front of the real movements that cross Europe, to make it a field of conflict.

### Our movements

Despite a differential inclusion of non-EU migrants and the recent limitations imposed to the mobility of the EU citizens, free circulation is producing a strong mobility among workers. Usually



this active use of mobility is perceived as a threat by some trade unions: because of lower wages and employment standards, the employers prefer to hire migrants, thus causing foreign outsourcing and increasing the unemployment levels of the local workforce. Nevertheless, the result is that these movements question the traditional political organisation of both unions and political movements. Like a storm, mobility and migrants are haunting Europe and have blown up the European status quo. What the Greek referendum was not able to do, migrants did, at least for some time. As Angela Merkel said, migrants produced a crisis deeper than the Greek one.

Nonetheless, the «problem» of migration is still isolated from the issues that concern also European citizens, for example in the form of a terrorist threat or as a matter of nationalist and patriarchal pride. This is why we need to declare the political centrality of migrant labour. Internal European mobility and the presence of migrants entail a radical transformation of the composition of contemporary living labour, and sometimes even a negative subjectivization, as in Cologne, and this transformation concerns behaviours, necessities and the methods of struggle. How to stand concretely by the side of migrants and refugees and what it means to put mobility and the «migrant crisis» at the center of our political agenda are still open questions. Yet every coalition will be measured against its own ability to share this transnational political pattern, against its drive to support organizing this new European, mobile and precarious working class. The challenge of the organization is thus unavoidable for Blockupy. Last year we did a European siege of Frankfurt, this year we have the chance to strike and organize political actions on the 1st of March. Blockupy must be up to the challenges of this contradictory period and offer some moments of political centralization, if it does not want to renounce to its transnational vocation.

## Our politics

In front of the neo-sovereignist threats, the circulation of right-wing discourses and the enforcement of austerity by the European institutions we face an urgency: the urgency not to isolate the migrants question as a specific one, one that is separated from the emergency experienced by those living the effects of the crisis. Instead of trying to

institutionalize, even though from below, the examples of solidarity, we need to connect solidarity movements with other situations involving the workplaces and society in order to gain momentum and to overturn the division between those who need help and those who help. In other words, standing by the migrants means opening a political rift not between «foreigners» and «true citizens» but between a collective «we» and a political «them», between the exploited and exploiters, between the enriched and the impoverished.

This opens the question of a European movement that must tackle its own limits, before proposing a more “democratic democracy” as a solution. We cannot hope to solve the limits of our organization invoking a new institutional framework. In fact, a different institutional setting cannot support our claims if the current power relations are not radically challenged. Before focusing on the institutions, Blockupy needs to discuss the ongoing lack of consensus around even basic European political claims. The political bet should concern how to involve in our struggles those who face the daily normality of precarity, and how to find political tools to support the diverse struggles that are challenging the material constitution of Europe. At the same time, Blockupy should keep on insisting on the relevance of the critical relation between movements and institutions, as the cases of Greece and Spain (and hopefully many others) show. But in order to keep this critical relation alive, Blockupy should be able to identify its political challenges.

It is inside and against this framework that the call for 1st of March coming from the transnational social strike meeting held in Poznan acquires its meaning also for Blockupy. The 1st of March 2016, as a day of strikes and coordinated actions focusing on the centrality of migrant labour, is much more than a day of solidarity with migrants. The following is at the stake here: the possibility to experiment new paths of struggle, new ways to connect the political and the social level, a possible step forward in our common struggle against the financial constitution of Europe that led us in front of the ECB. We have the opportunity to bring together different groups and union structures in a shared political process. The 1st of March can be the first step towards a transnational social strike that makes a European OXI real and strong. It is not a solution; rather it requires a complicated organizational work as well as the investment on a shared

political plan like the one that Blockupy can offer. The transnational social strike can be the process and the event which politicizes the European crisis once for all. This transnational movement should be able to point directly to the issues of wage, of welfare and freedom of movement against the domination of the capital enforced by the EU.

Updating our common discourses and practices, finding clear and communicable claims, grasping the real movements of Europe: this can be the way to enlarge and create political communication and

initiative. Moments of discussion as the Blockupy Ratschlag are definitely needed, even more if they can speak to a plurality of subjects outside the usual activists' circles and if they actually and radically come to terms with the unevenness of the European and global space and with the existence of real movements exceeding the social movements as we know them.

## Europe in Common

### Emilia-Romagna Social Centers (Italy)

#### We left so ...

It's a while we have defined Europe, conceived primarily as a space of power relations (political and economic), as one of strategic and fundamental fields of intervention in this period. Within this mesh of powers, the European Union constitutes certainly an institutional device that has helped to redefine radically the formal and material constitution of many member states, although it does not encompass the complexity of actors and forces on the field.

We also insisted that the European space is far from flat (no conflicts) or homogeneous (with uniform characteristics and context-independent). Furthermore, we have defined the EU as a differential operator, a device that beyond the legal formalism produces differences inside and outside. Let's think of the Greek affaire and the so-called migrants emergency. In both cases we have seen a polarization between virtuous and rebels, league-A citizens (those who play by the rules, paying off debts, which have rights) and league-B citizens (those who caused their problems, irresponsible, that have no rights because branded by some blame as being born outside Europe or have inherited a debt of others). The production of differences within the European area has produced a set of lines of conflict, between member states and the EU, but also between anti-austerity movements and recessive budgetary policies (think of Blockupy).

The arm wrestling between Tsipras government and the former Troika had the merit of laying bare the power relations within the EU and, at the same time, of drawing a trajectory of political alterna-

tive to the one imposed by ministers of austerity: people democracy, which had taken shape in the OXI referendum, against finance dictatorship and poverty. Unfortunately, the negotiations outcome did not play in favor of those who hoped that from there it could finally open a process of political breakdown and of democratization of the European space. The signing of 11 July memorandum had the indirect effect of causing confusion in much of the European Left, finished strangled between the rhetoric of betrayal and the return of nationalist impulses.

Two things are necessary to be said at this point. The first is that the anti-austerity period, as we have known for the last five years, is outdated; the second is that it's necessary to rebuild a strategic reading of the European field beyond the sad passions of ideological defeatism or swampy waters of sovereignism. Also because, in the meantime, other events have shaken the foundations of the European area.

#### A shattered project

There are two events - in the sense of episodes that open new horizons of meaning - that need to be considered in order to understand the centrality of the European space and the changes that are going through. The first is the extraordinary march of dignity that women and men, children and elderly, migrants are conducting across EU borders. The second one is the tragic series of terrorist attacks happened in Paris on 13th of November.

It's been some months that a steady stream of bodies and hopes is smashing to pieces physical

and legal borders of European citizenship. The old boundaries and European standards on the reception proved de facto inadequate compared to a phenomenon of such a force. Although formally the old law of the Dublin II still remains standing, many states were forced to temporarily open their borders, under penalty of flows and territories ungovernability. At the same time many European citizens were mobilized to rescue migrants, defying laws and physical distances in order to practice from below an international true solidarity. A push that unfortunately had been lacking in the Greek crisis. The march of migrants therefore had the characteristics of a real constituent and multitudinous force that practically spoke of democracy, rights, dignity and equality. EU leading-countries have reacted in a disorganized and contradictory way, opening the borders but, at the same time, elaborating a welcome strategy based on hotspots and rejections that does nothing but outsource more and more borders. The very validity of Schengen has been called into question where the alleged tolerance of “illegals” (and not austerity policies) was indicated as the cause of the difficult economic and social situation in which many European countries lay.

In addition to migrants, another actor came again on the European stage, Islamic fundamentalism. France again and again in Paris, the same city that instead a decade ago throbbed for banlieu riots when a lost generation was taking back the wealth from which it had always been rejected. This time fear prevailed, which means a state of emergency, restricting freedoms, closure of borders, war and bombs. France has acted alone, seeking the cooperation of other EU states only later, as a minor feature. Without a common plan or shared strategy, everywhere a security and emergency rhetoric has been established in whose name to empty further moments of democratic decision-making in favor of technical-executive power. Meanwhile, governments are preparing to violate a balanced budget to finance defense spending – that means austerity was not a dogma so inviolable.

In both cases, the EU has proved unable to be on the top of these challenges that have arisen, breaking itself into a collection of special interests regulated at the end by survival of the fittest. What is shattered is the European project, that of an area of freedom, peace and universal rights. The austerity policies and the authoritarianism of executive power are shrinking more and more space to share

the wealth and collective decision. All this ends up feeding the new Rights, under the illusion that greater state sovereignty and national identity can save us in a world that is globalized (in the flows of goods, ideas and labor force) and subjected to financial capital blackmails.

## Opposite poles

While we have to notice the gradual normalization of austerity - in the sense of being a life-rule now fully integrated in everyday social practice - on the other side we have seen the growth of mobilizations that put into question the liberal policies on a transnational scale. As just said, we have seen migrant struggles interweaving solidarity from below developed in Europe in the last year; but we must also mention the demonstrations against the TTIP and Climate Change that have been able to bring thousands of people to the streets in major European cities.

From the institutional point of view instead other countries, such as Spain and Portugal, they followed the line drawn by Greece, that of a vote that has dealt a blow to the traditional parties (popular and socialists) in favor of new line-ups characterized by pro-European and anti-austerity program. The outcome of December 20 elections in Spain has created problems to the system of alternation and promotes the Iglesias party thanks to a campaign based on a simple, attractive and confident communication and thanks to the local roots of municipal experiences that have been able to weave social movements and the city government. Exactly from the cities - particularly Barcelona - started the purple remontada, sign that a current and different leftist politics is possible where it can include and throw on vertical those experiences of resistance and self-government that practice immediately an alternative to neo-liberal policies.

And what about Italy? Unfortunately, our country remains the negative anomaly on the European scene. Mobilizations as those around the TTIP are pretty much non-existent, while the Capital-Life conflict remains tied to territorial disputes. The social gap widens more and more, the wealth is concentrated in a very narrow segment of population as more and more social levels are condemned to poverty. Yet sparks of political innovation are present here too. We could highlight two. The first are the experiences of worthy welcome from below

that have flourished in Italy. These are projects of cooperation and social inclusion opposed to the business of migration set up by cooperatives and institutional agencies. The latter are neo-municipal trials that are emerging in some Italian cities. In a pyramid scheme that goes from top to bottom, from Europe to the municipalities, it is precisely in the territories that the major effects of austerity policies are discharging; it is here that the Democratic Party reveals its management inability to hold in together cuts and welfare, balanced budgets and rights. This disconnect between social fabric and delegation has led the way in the trial of civic coalitions from below that bring together those who every day confront and fight the crisis, in order to take back the city government.

These different experiences in the European space share the need to regain institutional spaces to implement and strengthen counter-power and to open spaces of negotiation, with the awareness that certain games cannot be won if there is not also and above all a social pressure for the change.

### **Building a new universalism**

It is not easy to navigate in this shattered Europe, but we try to give three suggestions for courses of common action.

First of all we have to deal with the process of normalization of austerity and with the simultaneous occurrence of conflicts that are different but related to the first. Fight against liberalism needs to be interwoven with other struggles, those for democracy, citizenship, climate, work. We must try to imagine a new universalism, made of common values and practices to oppose to the policy of differential levels fielded by the EU.

As second point we must stress that the bet of coalition is far from over. A chart of common purposes for the new Europe can not be written in an abstract and generic way. We must reverse processes of social fragmentation, individualism and the sad passions, which are the worst enemies of the desiring multitude and of its potentialities. To do this, we need to weave those experiences and those persons who are already practicing here and now the alternative to capitalism, starting from the territories.

Third and last element is the European projection to give immediately to the single experiences of counter-power and coalition. Although at the mo-

ment it seems difficult to identify a immediately general plan for European mobilization it must bring together and create a dialogue between the different breeding grounds of alternative within a common narrative that speaks of combating poverty and of wealth redistribution, of new welfare and social cooperation, of socially and environmentally sustainable development, of new citizenship, democracy and rights.

If liberal Europe implodes under the blows of his own recessionary and competitive policies, a new Europe can begin, a Europe built from the bottom by free men and women, a Europe in Common.

# Vom Fiasko zum Alptraum

Christos Laskos

Nach zehn Monaten Syriza-ANEL-Regierung wissen wir nicht, was uns noch alles erwartet. Wir wissen aber mit Sicherheit, welche Maßnahmen nicht ergriffen werden. Obwohl diese Maßnahmen oft "zum ersten Mal" angekündigt wurden als demnächst zu erlassende Gesetze, umgibt uns außer einer Atmosphäre der Niederlage und Frustration auch ein durchdringender Gestank von Verhöhnung. Das also, was sicher nicht von dieser Regierung zu erwarten ist – ich würde einen Eid darauf schwören –, ist unter anderem folgendes: die Wiedereinführung des Mindestlohns von 751 Euroii, die Wiedereinführung der kollektiven Tarifverhandlungen, die Wiedereinführung der 13. Monatsrente, die Abschaffung des Dschungels im Arbeitsrechtiii, die Beschränkung des arbeitgeberischen Despotismus, die Absicherung grundlegender Reproduktionsbedingungen für die unteren Klassen durch Stützung des Gesundheitswesens und der Bildung. Diese keineswegs maximalistischen Dinge werden nicht geschehen.

Was ist dann das, was die Regierung verspricht? Aufschwung zu gegebener Zeit und bis dahin Geduld. Geduld bei den Millionen Arbeitslosen, den noch mehr Armen, der großen sozialen Mehrheit, die zu einem großen Teil zugrunde gerichtet worden ist. Das ist das "Parallele Programm"iv, soweit ich es verstanden habe.

Die Zustände sind außer hoffnungslos auch grotesk. Denn zwei Dinge betrachtete Syriza als Grundpfeiler des Neoliberalismus: Die Trickle-Down-Theorie (die Theorie der Verbreitung des Nutzens des Wachstumsv) – nach der nur die "Vergrößerung des Kuchens" mittels privater Investitionen und das "Wachstum" induktiv und per Saldo den Wohlstand der arbeitenden Bevölkerung gewährleisten – und, damit einher gehend, die Idee, dass der Sozialstaat nur für die "Ausgeschlossenen" existiert und jede Versorgung über die „humanitäre“ hinaus auf dieser Ebene eine unerlaubte Belastung für die Privatwirtschaft darstellt und mithin als wachstumsfeindlich untersagt ist.

Wer hinsichtlich der Regierungspolitik sehr von diesen Grundpfeilern verschiedene Gesichtspunk-

te wahrnimmt, mag das entsprechend begründen. Ich kann Derartiges jedenfalls nicht erkennen.

Und in Ermangelung des Gegenteiligen bleibt nur noch die "Begründung", dass im Hinblick auf die gegebenen Bedingungen dieses konkrete Ergebnis praktischeine Einbahnstraße war und infolgedessen das Thema nur noch ist, dass wir alle der Regierung "den Rücken freihalten", damit nicht die Pläne der Reaktion hinsichtlich der "linken Fußnote"vi Erfolg haben. Es handelt sich um eine lächerliche Begründung, denn was sonst als die Realisierung der schlimmsten Form einer linken Fußnote stellt die buchstabengetreue Verwirklichung der härtesten Memoranden-Politik dar, die Fortsetzung der Quälerei des Welt-Versuchskaninchens, das die griechische Gesellschaft seit sechs Jahren abgibt? Und zwar einer Fußnote, die, wenn es nicht ein kämpferisches Gegengewicht gibt, außerordentlich langjährig und mit einer "Repräsentation" eines erheblichen Teils der unteren Klassen durch monstrosöse Nazibanden verbunden sein kann.

Geht so was denen, die die Regierung stützen, durch den Kopf? Messen sie ihm die Bedeutung bei, die ihm gebührt? Im Gegenteil.

Es hat daher große Bedeutung, dass wir immer wieder sagen, dass das, was passiert ist, nicht zufällig kam und auch nicht "objektiv notwendig" war.

Außer den "Kräfteverhältnissen" und zusammen mit diesen müssen wir leider auch in den Blick nehmen, was die gemacht haben, die es übernommen haben, sich mit diesen Verhältnissen anzulegen und die Trommeln zu rühren – und noch schlimmer, dass sie die Lohnabhängigen nicht auf die notwendigerweise kommende große soziale und politische Konfrontation vorbereitet haben, sondern auf die Tänze der Märkte und die ausgemachte Übereinkunft "am hellichten Tage" mit Merkel.

Ich will sagen, dass die niemals, auf keinerlei Ebene der Partei, vereinbarte sture Ausrichtung auf die Wahlen des "sanften Übergangs", die Versicherungen hinsichtlich der Bewahrung der Normalität, die unter allen Umständen verteidigte "Legalität", also die vollständige und abenteuerliche Taktiererei



eine Konfrontation mit den "Kräfteverhältnissen" erahnen ließ, die alles andere als Konfrontation vorbereitete für das, was folgen sollte. Und das ist keine Feststellung im Nachhinein; – es war seit langem absehbar. Wer aber die entsprechenden Probleme ansprach, und sei es nur oberflächlich, wurde wegen mangelnder Loyalität zu einer "Regierung der Linken" zur Rede gestellt.

Das was heute "[eine andere Politik] verbietende Kräfteverhältnisse" genannt wird, beinhaltet, glaube ich, als wesentliches Element das Insistieren auf einer Regierung, wie auch immer und was auch immer sie sei, auf einer Regierung aufs Geratewohl sozusagen, sogar auf einer Regierung, die reichlich Nachweise geliefert hat, daß sich "am Staat und am Markt" nicht viel ändern wird.

Und dies, um einem Weg ins Nirgendwo zu folgen mit dem Entschluss, "alle unsere Verbindlichkeiten zu bezahlen", ohne dass die "Partner" auch nur eine von ihren Verpflichtungen einhalten würden. Mit darüber hinaus der verbindlichen Erklärung nach der im übrigen "tollen" Vereinbarung vom 20. Februar, "einseitige Maßnahmen" unsererseits zu unterlassen – diese sind jetzt nur noch Draghi erlaubt. Und mit der Vorstellung, dass wir "Zeit gewonnen" haben, als alle Glocken schrillten, dass wir immer mehr in eine Situation unerträglichen Erstickens getrieben würden.

Mit dem Ergebnis, dass das erste Aufmucken von "Unbotmäßigkeit" unter den schlechtest möglichen Umständen erfolgte\* und zu explosiven Widersprüchen führte, mit dem entscheidenden zwischen dem überwältigenden "Oxi" vom 5. Juli und der gleichzeitigen freiwilligen Suche nach einer Übereinkunft mit dem ESMvii, die die kommende Katastrophe ankündigte.

Wer nun behauptet, dass das alles unvermeidlich und objektiv notwendig war, muss seinen Verstand, wie ich meine, nicht an Begriffen des "Linksseins" messen lassen, sondern der geistigen Gesundheit. Noch am 13. Juliviii gab es eine bessere Möglichkeit: Rücktritt der Regierung, wie er von der Mehrheit des Syriza-Politbüros und -Zentralkomitees vorgeschlagen wurde, und – endlich – die vollständige Information des griechischen Volks über die Gefahren und Möglichkeiten, auf dass die Regierung die Legitimation bekäme zur Konfrontation mit den Forderungen der Gläubiger und den despotischen Bestrebungen des griechischen Kapitals.

Dass das geschah, was geschah, und nicht das – durchaus mögliche – andere, zeigt nur, dass die Willkür, das Putschen, der parlamentarische Schwachsinn und – letztendlich – auch das Vertrauen in die Zuweisung der sichere Weg in den endgültigen Verlust sind.

Nicht in die Niederlage, sondern den Verlust. Denn eine Niederlage ist durch ein demokratisches Kollektiv und ein Volk, das weiß, wie die Dinge laufen, immer handhabbar. Das, was passiert ist, war viel schlimmer als eine Niederlage.

Dieser Umstand bedeutet, daß die populäre Neuaufstellung nur mittels frontalen Angriffs gegen die Politik der sozialen Katastrophe erfolgen kann – und natürlich auch die Träger dieser Politik.

\* In der ganzen Zeit davor wurden nichts ausprobiert von all dem, was sogar die gemäßigtsten Neo-Keynesianer als absolut notwendige Maßnahmen einer Regierung, die sich tatsächlich mit dem Neoliberalismus anlegen will, bezeichnet haben: Kapitalkontrollen, staatliche Kontrolle der Banken, Parallelwährung, Entschlossenheit – mit der erforderlichen Legitimation –, nicht zu "erschrecken" angesichts eines bevorstehenden "Austritts".

1 Spielt an auf den von Syriza oft selbst ausgegebenen Slogan "zum ersten Mal linke Regierung".

2 Das war der Mindestlohn vor den Memoranden.

3 Durch die Memoranden sind die Rechte der Lohnabhängigen auf ein Minimum gesenkt worden.

4 Angebliches Vorhaben der Regierung, mit den Kürzungen in wesentlichen (sozialen) Bereichen gleichzeitig ein Programm zur sozialen Unterstützung der Bedürftigen auf den Weg zu bringen. Dieses "Parallele Programm" ist angeblich am Widerstand der inländischen Opposition und der Gläubiger gescheitert, so daß im Augenblick nur die Kürzungen bleiben.

5 siehe dazu <https://de.wikipedia.org/wiki/Trickle-down-Theorie>

6 Griechenlands Rechte prognostizierte Anfang 2015, die Syriza-Regierung werde eine "linke Fußnote der Geschichte" bleiben.

7 ESM steht für Europäischer Stabilitätsmechanismus, gemeinhin auch als „Euro-Rettungsschirm“ bekannt.

8 als das 3. Memorandum unterschrieben wurde

9 Der Kreis um Tsipras hat sich schon bald nach den Wahlen entschieden, ohne die Partei und ihre Gremien zu regieren, sondern sich nur auf die Fraktion zu stützen.

10 Obwohl Tsipras gegenüber Politbüro und Zentralkomitee versprochen hatte, vor eventuellen Neuwahlen einen Parteitag abzuhalten, hat er dieses Versprechen gebrochen und direkt Wahlen ausgeschrieben.

# Ein Brief eines Aktivisten an Yanis Varouakis

## Lieber Yanis,

seit ein paar Wochen lädst du zur Gründung einer paneuropäischen Bewegung gegen Austerität ein. Am 12. Februar soll es in Berlin mit #DiEM25 los gehen. Diesen Einfall hast du schon bei mehreren Gelegenheiten geäußert. Wie etwa im Oktober bei einem Podiumsgespräch mit anderen weisen Linken in der Berliner Volksbühne. Seitdem lässt mich der Gedanke nicht los, mich mit einem Offenen Brief an dich zu wenden. Sicher und hoffentlich bin ich nicht der einzige. Dein Auftritt und Aufruf hat bei »uns« – das sind bewegungsnaher Linke – für Diskussionen gesorgt. Manche fragen sich, ob Revolution so einfach gemacht werden kann: 12 Euro - und du bist dabei. Woher wusstest du, dass die Deutschen vor dem kommenden Aufstand, vor der Bahnhofserstürmung immer erst eine Bahnsteigkarte kaufen? Aber gut, das sind eher die unseriösen Twitterkommentare.

Ernsthaft wird sich in unseren Kreisen gefragt: Hat sich dieser Varoufakis je mit jemanden aus der Basis der Anti-Austeritätsbewegung in Griechenland, Deutschland und Europa ernsthaft unterhalten, bevor er diesen Aufruf startete? Denkt er nicht, dass auf die gewiefte Idee, eine Bewegung für ein anderes Europa zu kommen, auch schon andere gekommen sind?

## Zuerst: eine Lobeshymne an den alternativen Finanzminister

Bevor ich tiefer bohre, darf die obligatorische Lobeshymne nicht fehlen: Nicht nur meine Freund\*innen und ich pflegen tiefen Respekt für das von dir Geleistete. Deine Auseinandersetzungen mit Dr. Schäuble werden uns allen in Erinnerung bleiben. Niemand anderes als du konnte ihn den Rand des Wahnsinns treiben, niemand anderes als du konnte die Rolle eines alternativen Finanzministers am besten füllen. Du wurdest zu einem der Symbole der Anti-Austeritätsbewegung. Wichtiger als Alexis, Pablo und all die anderen Sternchen.

Und deine Ideen in deinen Büchern klingen gar nicht mal so unrealistisch: Ein anderes Europa forderst du mit deinem kleinen, aber »bescheidenen Vorschlag zur Lösung der Eurokrise«. Zwar ohne die europäischen Verträge anzugehen, von manchen als »reformistisch« betitelt - aber immerhin

ein Alternativvorschlag, der sich traut, den vorgehenden Plan eines deutschen Europas in Frage zu stellen. Anstatt sich mit einer (vermeintlich) sozialeren Verwaltung der Krise zu begnügen, wie es deine Ex-Genossinnen und Ex-Kollegen tun. Und vor allem sprichst du dich für eine fundamentale Kritik an der herrschenden politischen Ökonomie aus, wie sie an den Universitäten gelehrt wird. Insbesondere dafür ein großes »Like« an dich. Zwar sagten einige, du hättest dich immer in den Vordergrund gedrängt, aber vielleicht hast du nur aufgezeigt, dass sich jemand trauen muss. Und hast bei dir selbst angefangen. Auch ein neuer linker Populismus muss geübt sein.

## Ein paar Reisetipps für Berlin

Für deine weitere Reise nach Berlin möchte ich dir aber ein paar Tipps mitgeben. Du willst dich ja anscheinend in einem dir unbekanntem Terrain bewegen, weit weg von Parlamenten und Wirtschaftsinstituten, du möchtest das »Europa von unten« ansprechen und aktivieren.

Dabei solltest du beachten, dass soziale Kämpfe und die Auseinandersetzung um Hegemonie im Krisendiskurs schon seit Beginn der Krise der kapitalistischen Innovationsoffensive im Gang sind. Dazu musst du nicht weit schauen, sondern es reicht der Blick auf Griechenland selbst: die Student\*innenproteste 2006-2007 gegen die Neoliberalisierung der Universitäten, der kompromisslose Aufstand des an den Rand gedrängten Teils der Gesellschaft im Dezember 2008, die Generalstreiks mit Hunderttausenden Menschen auf der Straße, die Bewegung der Empörten und die Syntagma Besetzung. Die von linken Akademiker\*innen richtig beobachtete Erschöpfung der Massenproteste eröffnete neue Diskussionen in der Linken: Partei oder Selbstorganisation? Oder beides? Solidarität wird in Griechenland längst nicht nur als Selbsthilfe oder Charity betrieben, sondern mit einer Vision der Transformation der gesellschaftlichen Beziehungen, hin zu einer anderen Verwaltung des Gemeinsamen. Ähnliche Debatten wurden und werden in Spanien und in weiteren Ecken dieser Welt geführt. Die Entscheidungen von Tsipras und SYRIZA entfachten weitere fundamentale Fragen, die du ja auch selber stellst: Wie die EU verändern ohne sie zu verlassen? Warum sind wir so verdammt ratlos

und reden seit dem Sommer vergangenen Jahres nur von »Niederlage«?

## Widerstand im »Herzen der Bestie«

Aber zurück zu Berlin und Deutschland: Stell dir vor, auch hier gab es Versuche, der Propaganda gegen die »faulen Griechen« der Medienindustrie und Politik etwas entgegenzusetzen. Hier, im sogenannten »Herzen der Bestie«. Vielleicht waren unsere Proteste nur ein bis zwei kleine Piekser, die den herrschenden Diskurs wenig beeinflussen konnten; erinnert sei hier an die solidarischen Rauchsignale aus Frankfurt nach Athen bei den Blockupy Protesten gegen die Eröffnung der EZB im März 2015 oder die #thisisacoup-Demonstrationen nach dem Referendum, dem letztlich gescheiterten Ereignis.

Und: Seit Jahren finden schon Austauschreisen griechischer und deutscher Aktivist\*innen statt. Wir sind Leute, die weiterhin zu verhindern versuchen, dass in Europa nur deutsch gesprochen wird: Blockupy, Griechenland Solidaritätskomitees, Krisenmigrant\*innen, progressive Teile der Linkspartei und anderer Clubs, Kultur- und Theaterszene und viele weitere. Vielleicht hat es dir nie einer deiner deutschsprachigen Partner erklärt: Aber es gibt Leute, die schon vorher auf die Idee gekommen sind, dass wir eine transnationale Vernetzung brauchen, ja gar eine Bewegung von unten. Und damit ist nicht der Plan B eines Oskar Lafontaines gemeint.

## Europaweite Netzwerke gibt es schon!

Die jeweiligen Initiativen aus Deutschland sind auch über die Grenzen hinaus vernetzt. Es gibt viele europaweite Foren, denen zuzuhören es sich lohnt:

Blockupy International, Alterssummit, die transnationalen Agora-Treffen, antirassistische Vernetzungen, Kämpfe für einen transnationalen sozialen Streik, vernetzte ökosoziale Kämpfe von Nantes über Val de Susa nach Chalkidiki. Unterhalte dich mal mit Genoss\*innen in Griechenland: Auch sie wissen darüber Bescheid, auch sie sind Teil der transnationalen Netzwerke. In Frankfurt gingen wir alle zusammen auf die Straße.

Wir müssen nicht immer wieder bei Null anfangen. Aber: Es muss was zusammen kommen für eine wirkliche Bewegung.

Daher vier direkte Bitten an dich: - Komm zum Ratschlag des Blockupy Bündnisses, der kurz vor deinem Besuch in Berlin stattfindet, am 6. und 7. Februar. Oder wende dich zumindest in irgendeiner Form an ihn. - Lass die Finger von irrelevanten Plan B Konferenzen. Bewegung wird nicht von oben gemacht. - Erstelle für dich eine kleine Kartographie sozialer Widerstände und transnationaler Netzwerke in Europa. Blockupy würde dir da bestimmt behilflich sein. Glaub mir, es lohnt sich! - Sprich direkt mit den Leuten: Viele beschwerten sich, dass sie in der Volksbühne nicht zu Wort gekommen sind. Vor allem du kannst die Veranstaltungen, an denen du teilnimmst, mit bestimmen und öffnen.

Der Ansatz, auf eine paneuropäische Bewegung zur Veränderung der Verhältnisse zu setzen, ist richtig – vorausgesetzt, bestehende Strukturen werden eingebunden. Willkommen in der Hölle der sozialen Bewegungen.

## Solidarische Grüße, John Malamatinas

# Eine Antwort von Yanis Varouakis an einen Aktivistin

## Lieber John,

dein Brief gibt mir besondere Inspiration und Hoffnung. Er bietet eine wunderbare Gelegenheit zu klären, auch für mich selbst, worum es unserer neuen Bewegung DiEM geht.

Der Athener Frühling und die Unbarmherzigkeit, mit der das »offizielle« Europa ihn zerschlagen hat, haben Millionen von Europäer\_innen aufgerüttelt. Plötzlich war es aufrichtigen Leuten nicht mehr möglich, so weiterzumachen, als wäre alles gut in

diesem besten aller möglichen Europas. Plötzlich haben gute Leute, die von der falschen TINA-Behauptung (»There is no alternative« – Es gibt keine Alternative) eingelullt waren, begonnen zu realisieren, dass die gegenwärtigen Machtstrukturen in Europa keine Option sind (da sie um uns herum zusammenbrechen), und dass sie, wenn sie weiterhin nichts tun, an der Entstehung einer postmodernen Variante der 1930er Jahre beteiligt sind.

DiEM soll eine Bewegung sein, die diese guten, neu empörten Europäer\_innen mit den Bewegungen



verbindet, die du in deinem offenen Brief so eloquent beschrieben hast. Natürlich wäre es absurd gewesen zu denken dass ich der Erste gewesen wäre, der die Idee einer paneuropäischen Bewegung hatte. Das zivilisierte Europa ist seit Jahrhunderten von Bewegungen über Grenzen hinweg geprägt.

Nein, die Idee hinter DiEM ist, eine neue, verheißungsvolle Verbindung zwischen (A) den Bewegungen und (B) der empörten/aufgewachten stillen Mehrheit anzubieten. Das Ziel ist, den Athener Frühling als Sprungbrett für eine neue Koalition von Demokrat\_innen zu nutzen, die fordern, dass der Demos, das Volk, wieder ins Zentrum der Demokratie gerückt wird.

Die Fragen, die DiEM stellen wird, beginnend am 9. Februar in Berlin, wurden schon unzählige Male von Menschen und Bewegungen in ganz Europa gestellt.

Eine europäische Partei oder Selbstorganisation in Europa?

Kann der Euro repariert und mit geteiltem Wohlstand kompatibel gemacht werden?

Ist die aktuelle Melange aus EU-Institutionen reformierbar (auch nur theoretisch) oder sollen wir Alternativen zu ihnen suchen?

Welche Formen politischer Aktion sind für die Aufgabe der Demokratisierung am besten geeignet?

Wie ich meinen Student\_innen früher immer gesagt habe: Die großen Fragen ändern sich nicht – die interessantesten Antworten schon.

Was DiEM anbietet, ist eine Möglichkeit zur Vereinigung. Sie soll

(A) All jene, die in ihren Städten, in ihren Communities und an ihren Arbeitsplätzen gute Kämpfe führen, sich über Regionen und Länder hinweg vernetzen und sich dabei diese Fragen schon seit Jahren stellen, verbinden mit

(B) Europäer\_innen, die bislang nicht von ihrer... Couch hochgekommen sind oder keinen Finger gegen das Establishment gerührt haben, die jetzt aber Teil einer Bewegung sein möchten, welche die Hoffnung auf ein menschenwürdiges, nachhaltiges Europa erneuert, für das es sich lohnt zu kämpfen.

In diesem Sinne hast du vollkommen recht: Vom ersten »Go« (d.h. am 9. Februar in der Volksbühne) an muss sich DiEM als Bewegung erweisen, die von

der gesammelten Erfahrung und der dynamischen Kraft von (g)lokalen Bewegungen wie Blockupy lernen möchte. Wann immer ich in den vergangenen Jahren den ultra-nationalistischen, quasi-faschistischen Elementen hier in Griechenland entgegen getreten bin, die versucht haben, die Krise zu nutzen, um Griech\_innen gegen Deutsche zu wenden, habe ich auf Widerstandsbewegungen in Deutschland und die Solidarität deutscher Aktivist\_innen (einschließlich der internationalistisch-vernetzten Demonstration dieser Solidarität über Grenzen hinweg) hingewiesen. Tatsächlich war es meine Hoffnung, dass die Wahl der Berliner Volksbühne (als Ort, an dem DiEM gestartet wird) von solchen Bewegungen positiv wahrgenommen wird, und dass sie dadurch eher bereit wären, sich uns anzuschließen.

### Lass uns also praktisch werden.

Ich schlage vor, dass eines der öffentlichen Vorbereitungstreffen vor dem Start (am 9. Februar um 20.30 Uhr) der Frage »DiEM und die Bewegungen?« gewidmet wird. Viele der Genoss\_innen, die gerade den Start von DiEM25 vorbereiten, die Ausrichtung von DiEM25 definieren und mir beim Schreiben unseres Manifests helfen, sind schon seit Jahren oder gar Jahrzehnten in verschiedenen Bewegungen aktiv – vom Weltsozialforum zum Europäischen Sozialforum, von unterschiedlichen Solidaritätskampagnen überall in Europa zum Alterssummit, von Uninomade zu Euronomade, von Besetzungen am Balkan zu den Kämpfen von Blockupy, vom Subversive Festival zum Transeuropa Festival, von der Theaterszene zu vielen anderen wichtigen Initiativen überall in Europa und darüber hinaus. Deren Beitrag, dein Beitrag, der Beitrag von Bewegungen wie Blockupy, zusammen mit Beiträgen von anderen Teilnehmer\_innen (z.B. aus Barcelona [geleitet von Ada Colau], Madrid [vertreten von Miguel Urban Crespo], Großbritannien, Dänemark, Frankreich, usw.) sollen – im Kontext einer wirklich offenen Agenda – dazu beitragen, die Themen anzugehen, die du in deinem Brief erwähnt hast.

Zusätzlich zu diesem Vorbereitungstreffen lade ich dich oder eine\_n deiner Genoss\_innen dazu ein, eine Rede im Rahmen der Hauptveranstaltung in der Volksbühne zu halten.

Zum Schluss etwas Persönliches, wenn mir das erlaubt ist:

Du beendest deinen offenen Brief damit, mich »in

der Hölle der Bewegungen« willkommen zu heißen. Meine Antwort ist: »Ich freue mich da zu sein – auch wenn ich in Wahrheit nie woanders gewesen bin!«

Auch wenn ich Anfang diesen Jahres ein paar kurze Monate in den Korridoren der »Macht« und viele Jahre als Professor an Universitäten verbracht habe, bin ich immer Aktivist gewesen:

Angefangen bei der Besetzungsbewegung griechischer Schüler\_innen 1975-78, in der Black Student Alliance an meiner englischen Universität 1978-80, in den Stahl-, Druckerei- und Bergarbeiterstreiks gegen Frau Thatchers neoliberale Politiken in den frühen 1980er Jahren, in Kampagnen gegen Atomwaffen für den African National Congress, als Gewerkschaftsaktivist in Australien in den 1990er Jahren, als Beteiligter an den Besetzungen der Athener Universität in den 2000er Jahren (wo ich als Professor den Studierenden »Gegen-Vorlesungen« zu Politischer Ökonomie gehalten habe), bis zur Besetzung des Syntagma-Platzes im Jahr 2011 (an der ich täglich teilgenommen habe und wo ich zwei Reden gehalten habe) – und letztendlich bis zur... Eurogruppe.

Aktivismus als Daseinszustand...

Letztendlich hast du Recht wenn du sagst, dass wir es uns nicht leisten können, bei Null anzufangen und alles zu ignorieren, was aktuelle und frühere Bewegungen erreicht haben. Das stimmt. Aber gleichzeitig denke ich, dass wir einen neuen Anfang brauchen. Einer, der jene Menschen anspricht, die bisher von den Bewegungen unberührt geblieben sind. Ein neuer Anfang, zu dem wir alle beitragen, ohne einen Lohn dafür zu erwarten, außer vielleicht die wohlige Wärme, wenn wir furchtbar alt und gebrechlich sind, dass wir nicht untätig geblieben sind, als Europa drohte in Autoritarismus, Menschenverachtung und Tristesse unterzugehen. Das ist Sinn und Zweck von DiEM.

Ich freue mich auf den 7. Februar, wenn ich (deinem Rat folgend) das Blockupy-Treffen in Berlin besuchen werde, zwei Tage vor der (wie ich hoffe und denke) gemeinsamen Gründung von DiEM.

**In Solidarität, Yanis Varoufakis**

# Programm

**Freitag, 19:30 – 21:30 Uhr:** „Willkommen im Herzen des Krisenregimes - Wie der Sommer der Migration die soziale Frage neu stellt“

Podiumsdiskussion

**Samstag: Wo wir stehen - Auffächerung und Bündelung der Perspektiven**

**11:00 – 13:00 Uhr PLENUM**

Begrüßung und Einleitung  
Ziele und Überlegungen des Ratschlags: für eine gemeinsame – offene, interessierte, kontroverse – Diskussion  
Mit vorbereiteten Inputs zur Einschätzung der politischen Lage, Erbe und Aufgaben von Blockupy  
Offene Diskussion, um Diskussionsstränge zu sammeln

**13:00 – 14:00 Uhr Mittagspause**

**14:00 – 16:00 Uhr PANELS**

1. Wo stehen Blockupy und die (europäischen) Anti-Austeritätskämpfe heute? Versuch einer politischen Inventur
2. Die soziale Frage ist offen – Der Sommer der Migration, der Sparzwang und der Kampf um eine soziale Infrastruktur für alle?
3. Was heißt eingreifende Politik im Kontext von „Ausnahmestand“ und institutionellem Autoritarismus?
4. Zwischen Fragmentierung und Gemeinsamkeiten - Kämpfe um soziale Rechte und gesellschaftliche Bündnisse
5. Gegen die rechte Politik der Angst – Perspektiven linker Politik unter Bedingungen der Polarisierung

**16:00 – 18:00 Uhr PLENUM**

Zusammentragen der Ergebnisse: Herausforderungen und Aufgaben für Blockupy und die weitere Zukunft

**Sonntag: Wohin wir gehen – Verabredung für eine gemeinsame Handlungsperspektive**

**09:30 – 11:30 Uhr PLENUM**

Begrüßung und Einleitung  
Zusammenfassung der Ergebnisse des Vortags  
Vorstellung konkreter Ideen für Fahrpläne oder Fahrplanbausteine: Was sind die nächsten Schritte und was das kommende Zusammenkommen von Blockupy - in Europa, der BRD und dezentral? Welche Veränderungen stehen jetzt an? Was müssen wir hinzufügen oder ausbauen?  
Inputs zu den Diskussionsfragen der Workshops und erste gemeinsame Diskussion

**11:30 – 13:30 Uhr ARBEITSGRUPPEN:  
NEUES ALTES BLOCKUPY**

1. Der Ort und die Form des Zukünftigen – Prozess und Event
2. Ein gesellschaftsfähiges Bündnis – Spektren und Diskurse
3. Die Mühen der Ebenen – Lokal bis europäisch

**13:30 – 14:30 Uhr Mittagspause**

**14:30 – 15:45 Uhr PLENUM**

Zusammentragen der Ergebnisse der Arbeitsgruppen  
Ergebnisorientierte Diskussion: Lassen sich geteilte inhaltliche Schwerpunkte identifizieren? Finden wir neue gemeinsame Aktionsformen? Wozu können wir gemeinsam aufrufen und mobilisieren? Wie organisieren wir das große Zusammentreffen, ohne uns jetzt auf einen Tag X festzulegen? Wie können wir das auf den verschiedenen Ebenen in den nächsten Monaten vorbereiten?

**15:45 – 16:00 Uhr Kaffeepause**

**16:00 – 17:00 Uhr PLENUM**

Zusammenfassung der zwei Tage  
Verabredungen über das weitere Vorgehen: Wie geht es konkret weiter?

